



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

11. Jahrgang
Nr. 144 März/1 2025

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäußerten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

.....



Panzer, Bomben, Raketen – wie Kriege den Klimawandel befeuern

**Mehrjährige Kriege emittieren Millionen Tonnen Treibhausgase.
Studien berechneten die Emissionen für die Ukraine und Gaza.**

Susanne Aigner

In Kriegen und militärischen Auseinandersetzungen werden gigantische Mengen Kohlendioxid und andere Treibhausgase in die Atmosphäre freigesetzt. Ein Beispiel dafür ist der Ukraine-Krieg: Eine Studie namens «Climate damage caused by Russia's war in Ukraine», die im Juni 2023 von der Initiative «On Greenhouse Gas Accounting Of War» veröffentlicht wurde, untersuchte alle Emissionen rund um die militärischen Aktivitäten in der Ukraine während der ersten zwölf Kriegsmonate.



Bomben in Gaza: Rauch mit freigesetzten Partikeln vergiftet die Atmosphäre.

© cc-by-sa-3 Palestinian News & Information Agency (Wafa)
in contract with APAimages, via Wikimedia Commons

Das Wissenschaftlerteam um den niederländischen Klimaforscher Lennard de Klerk schätzt die Emissionen während des ersten Kriegsjahres auf insgesamt rund 120 Millionen Tonnen Kohlendioxid – dieselbe Menge, wie sie das Land Belgien im selben Zeitraum verursachte.

Allein durch direkte Kriegsaktivitäten addieren sich die Emissionen auf nahezu 22 Millionen Tonnen Kohlendioxid. Der grösste Anteil davon wird mit 19 Millionen durch den Kraftstoffverbrauch der Truppen beider Seiten verursacht. Die Nutzung von Munition, militärischem Equipment sowie der Bau kilometerlanger militärischer Befestigungsanlagen verursachen insgesamt drei Millionen Tonnen.

Emissionen durch Brände und Explosionen

Die Emissionen durch Feuer schätzen die Autoren auf rund 20 Millionen Tonnen. Feuer waren vor allem in unmittelbarer Nähe der Frontlinie zu beobachten, wobei viele Waldgebiete zerstört wurden. Die Zahl der Brände, die mehr als ein Hektar umfassten, erhöhte sich um das 36-fache im Vergleich zum Vorkriegszeitraum.

Auch Explosionen emittieren gigantische Mengen an Kohlendioxid. Das gilt sowohl für russische Angriffe auf ukrainische Energieinfrastruktur als auch umgekehrt. So wurden im Januar eine russische Ö Raffinerie in Rjasan sowie mehrere kleinere Öldepots von Drohnen angegriffen, ebenso wie die Pumpstation einer Ölpipeline. Ausserdem griffen ukrainische Truppen die Infrastruktur eines Flugzeugwerkes im russischen Oblast Smolensk an.

Hinzu kommen Explosionen und Gaslecks der zerstörten Nord-Stream-Pipelines. Das dabei emittierte Methan ist als Treibhausgas 21-Mal wirkungsvoller als Kohlendioxid.

Ökologischer Fussabdruck verlagert sich ins Ausland

2022 führte der Krieg zu einem Rückgang der Wirtschaft des Landes um fast 30 Prozent, wegen knapper Energie, unterbrochener Versorgungsleitungen und der Zerstörung von Fabriken. Infolge dessen verlagerte sich die Produktion von Konsumgütern mitsamt deren Emissionen ins Ausland.

Auch die Luftraumsperrungen über Russland tragen indirekt zu Emissionen bei. Denn die Fluggesellschaften sind gezwungen, Umwege auf den wichtigen Strecken nach Ost- und Südostasien zu nehmen, was zu längeren Flugzeiten und höheren Treibstoffkosten führt. Die Menge an zusätzlich emittiertem Kohlendioxid beziffern die Autoren auf zwölf Millionen Tonnen.

Wiederaufbau verursacht mehr als die Hälfte aller Emissionen

Den grössten Anteil an Emissionen mit rund 50 Millionen Tonnen Kohlendioxid oder 32 Prozent aller Emissionen umfasst der Wiederaufbau der zerstörten zivilen Infrastruktur nach dem Krieg. Denn um die zerstörten Gebäude, Verkehrswege, Industrieanlagen und Energieinfrastruktur wieder aufzubauen, werden energieintensive Baumaterialien wie Beton und Stahl benötigt. Die müssen auch transportiert werden. Auch zerstörte Maschinen und Fahrzeuge, die ersetzt werden müssen, werden in der Bilanz berücksichtigt.

Rüstungskonzerne profitieren vom Krieg und heizen das Klima an

Nach drei Jahren Krieg ist davon auszugehen, dass die Gesamtemissionen die Menge von 300 Millionen Tonnen Kohlendioxid längst übersteigen. Denn mit jedem Kriegsmonat steigt der Treibstoffverbrauch und der Bedarf an Waffen und Munition.

Nicht nur in Russland und der Ukraine, sondern auch in den unterstützenden Ländern werden immer mehr Waffen und Munition hergestellt. Das verursacht enorme Mengen an Treibhausgas-Emissionen. So konnte sich das Rüstungsunternehmen Krauss Maffei Wegmann 2023 über hundert Aufträge für neue Panzerhaubitzen freuen.

Um die Lager aufzufüllen, werde Artilleriemunition benötigt, schreibt die Tageszeitung «Welt». Davon profitiert der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall. Dieser erhielt im vergangenen Jahr Aufträge im Wert von mehr als 60 Milliarden Euro. Das Munitionsgeschäft werde auch nach dem Krieg nicht einbrechen, freut sich Vorstandschef Armin Papperger. Denn das Land müsse sich gegen weitere Invasionen wappnen. Europa beabsichtigt, mehr Geld in Militär und Rüstung zu investieren. Die Wiederaufrüstung in Europa und anderen Teilen der Welt wird somit zu einem weiteren Anstieg der Emissionen führen.

Krieg im Nahen Osten verpestet das Klima

Ein anderes Beispiel ist der Krieg Israels in Gaza. Mehr als 99 Prozent der geschätzten 281'000 Tonnen Kohlendioxid, die allein in den ersten 60 Tagen nach dem Hamas-Angriff emittiert wurden, lassen sich auf Israels Luftangriffe und die Bodeninvasion in Gaza zurückführen. Das ist das Ergebnis der im Januar 2024 veröffentlichten Studie «Eine multitemporale Momentaufnahme der Treibhausgasemissionen aus dem Israel-Gaza-Konflikt» eines britisch-amerikanischen Teams um Benjamin Neimark von der Queen Mary University of London.

Demnach sind die gigantischen Kohlendioxid-Emissionen, die allein in den ersten zwei Monaten des Krieges durch Bombenangriffe, Aufklärungsflüge und Raketenangriffe entstanden, höher als die jährlichen Emissionen von 26 Ländern. Wenn man die von Israel und der Hamas errichtete Kriegsinfrastruktur mit einbezieht, steigen die Gesamtemissionen auf die von mehr als 36 Ländern.

Wiederaufbau in Gaza wird teuer und klimaschädlich

Zwei Drittel aller Gebäude wurden seit Beginn des Krieges beschädigt oder zerstört. Betroffen sind mehr als 150'000 Gebäude, darunter Häuser, Schulen, Moscheen und Krankenhäuser, wie das UN-Satellitenzentrum Unosat im August 2024 mitteilte. Mit rund 42 Millionen Tonnen Trümmer fiel vierzehnmal mal so viel Schutt an, wie in allen vorherigen Kampfperioden seit 2008 zusammen. Rund hundert Quadratkilometer – das sind zwei Drittel der landwirtschaftlichen Flächen – sind zerstört.

Der Wiederaufbau werde rund 50 Millionen Dollar kosten und mindestens bis 2040 dauern, schätzen die Vereinten Nationen. Die damit verbundenen Emissionen werden voraussichtlich höher sein als die jährlichen Emissionen von 135 Ländern. Insgesamt liegen die Emissionen aller Aktivitäten aus Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegszeiten in Gaza ähnlich hoch wie die aus der Verbrennung von 31 Millionen Tonnen Kohle – ausreichend, um ein Jahr lang 16 Kohlekraftwerke zu betreiben.

Umweltfolgen von Kriegen müssen in Klimabilanzen einberechnet werden

Global ist das Militär klimaschädlicher als die Luft- und Schifffahrtsindustrie zusammen. Nach Schätzungen der «Scientists for Global Responsibility» verursachen die globalen Militärapparate 5,5 Prozent der globalen Emissionen. Hinzu kommen Emissionen aus militärischen Lieferketten, die etwa ein Fünffaches des militärischen Kraftstoff- und Energieverbrauchs ausmachen.

Eine genaue Zahl der durch Militär verursachten Emissionen gibt es nicht, da durch Auslandseinsätze verursachte Emissionen gemäss dem Kyoto-Abkommen von 1997 nicht erfasst werden. Im Pariser Abkommen von 2015 wurde beschlossen, die Meldungen darüber den einzelnen Staaten zu überlassen. Diese haben ein grosses Interesse daran, dass genaue Angaben darüber nicht ins öffentliche Rampenlicht gelangen. «Wir möchten nicht, dass jeder weiss, wie viel Treibstoff wir bei diesen Einsätzen verbrauchen – wie weit wir fliegen, wie weit wir fahren und wie unsere Übungsmuster aussehen», sagt ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums.

Doch der Druck von Wissenschaft und Zivilgesellschaft wird grösser, die militärischen Emissionen zu messen und öffentlich zu thematisieren. So forderte ein internationales Wissenschaftlerteam im Weltklima- und Sicherheitsbericht 2022 eine «Dekarbonisierte Verteidigung». Weil die Welt mit einer Doppelkrise von Klimawandel und militärischen Konflikte-Autor und Humangeograf Benjamin Neimark.

Präsident Elon Musks grosser amerikanischer Neustart

Worldnotenough, Februar 28, 2025

Um die Aktivitäten von Präsident Elon Musk und seiner Regierung wirklich zu verstehen, muss man davon ausgehen, dass er ein Agent des tiefen Staates der internationalen Billionärsklasse ist. Jeder andere Ansatz führt zum Scheitern.

Musk umging den Wahlprozess und erkaufte sich seinen Platz im Oval Office mit 288 Millionen Dollar an Wahlkampfspenden für die Republikaner. Das sind die Fakten.

Wer wissen will, was Präsident Musk wirklich tut, muss verstehen, was seine Auftraggeber wollen – und dabei bedenken, dass wir uns immer noch in der Phase des «Grossen Reset» befinden. Jede Krise ist Teil des Plans.



depositphotos.com

«Was wir erleben, ist die Geburt einer neuen Ära, ein Weckruf, um unsere Institutionen, unsere Systeme und vor allem unser Denken zu überholen und unsere Einstellungen und Werte an die Bedürfnisse einer Welt anzupassen, die zu Recht ein viel höheres Mass an Verantwortung und Rechenschaftspflicht erwartet. Wenn wir diese Krise als wirklich umwälzend erkennen, können wir die Grundlagen für eine stabilere, nachhaltigere und sogar wohlhabendere Welt schaffen.»

– Klaus Schwab über die Global Redesign Initiative, 2009

TOP 10 ZIELE DER TECHNOKRATEN

1. Eine globale Technokratie

Ihr ultimatives Ziel ist die Schaffung eines weltweiten Überwachungs-Polizeistaats, gesteuert von einer Elite im Unternehmensstil.

2. Digitales Geld, gekoppelt an ein Sozialkreditsystem

Digitales Geld wird nicht mehr als Ware oder Zahlungsmittel betrachtet, sondern als Vertrag zwischen Herrschenden und Beherrschten.

- Der Gehorsam gegenüber dem System bestimmt den Kontostand.

3. Künstliche Intelligenz übernimmt die Kontrolle

Die Globalisten streben eine automatisch regulierte Gesellschaft an, in der Roboter, Drohnen und Algorithmen die Bevölkerung überwachen und steuern.

- Sprachüberwachung in sozialen Medien ist nur der Anfang.

4. Regionalismus statt Nationalstaaten

Trump wollte Grönland kaufen und Kanada annectieren – ein erster Schritt zur nordamerikanischen Union.

- Der Planet wird in mehrere geopolitische Machtpole unterteilt, basierend auf Samuel P. Huntingtons «Clash of Civilizations».
- Nationale Grenzen werden durch Stadtstaaten ersetzt.

5. Homo Deus – Die nächste Stufe der Menschheit

Laut WEF-Vordenker Yuval Harari könnte der technologische Fortschritt den Menschen verändern:

- Verbesserte körperliche und geistige Fähigkeiten
- Neudefinition menschlicher Werte und Überzeugungen

6. Verstädterung & Enteignung der Landwirte

- Bauern werden in den Bankrott getrieben, ihr Land konfisziert.
- Robotergesteuerte Fabrikfarmen ersetzen Landwirtschaft.
- 15-Minuten-Städte entstehen, um Menschen in städtischen Zentren zu konzentrieren.

7. Die Ukraine als «Israel des Ostens»

- Der Ukraine-Krieg dient nicht der Demokratie, sondern der Kontrolle des Landes durch eine globale Elite.
- Zionistische Akteure treiben die Enteignung der Ukrainer voran.
- Millionen Binnenflüchtlinge und Geflohene weltweit sind Teil des Plans.

8. Das Gross-Israel-Projekt & die Zerstörung Palästinas

- Israel gilt als geostrategisches Juwel für eine globale Eroberung.
- Die Kontrolle über Palästina ist für die Globalisten essenziell.

9. Abschaffung von Demokratie, Verfassungen & Bürgerrechten

- Die Globalisten sind Gegner von Religion und traditionellen Werten.
- Freiheit & Bürgerrechte sollen durch Technokratie ersetzt werden.

10. Die Demontage der US-Regierung

- Musks DOGE-Projekt (Department of Government Efficiency) zerstört amerikanische Institutionen.
- Das Ziel: Eine technokratische Diktatur unter Musk & Co.

WAS WILL ELON?

Elon Musk ist ein Milliardär-Technokrat mit 22 Milliarden Dollar an Verträgen mit der NASA und DARPA. Sein Auftrag:

- Tausende LEO-Satelliten für eine globale Massenüberwachung.
- Projekt «Blackjack» & «Pit Boss» – KI-gesteuerte Satelliten zur Echtzeit-Überwachung.
- Graphen in Impfstoffen – Verbindung zum «Internet der Bio-Nano-Dinge (IoBNT)».
- 5G & 6G-Netze für Datenübertragung – Kontrolle über den Menschen bis auf die Zellebene.

«DARPA's Blackjack-Programm zielt darauf ab, ein globales Hochgeschwindigkeitsnetz in niedriger Erdumlaufbahn (LEO) zu entwickeln, das dem US-Verteidigungsministerium eine hochvernetzte, widerstandsfähige und dauerhafte Abdeckung bietet.»

– DARPA

Projekt «CASINO» (Commercially Augmented Space Inter Networked Operations)
«Stargate»-Datenzentren für den Ausbau der Überwachungsarchitektur

MUSK & DIE «PAYPAL-MAFIA»

Musk gehört zu einer Elite aus Silicon Valley, bekannt als PayPal-Mafia. Mitglieder:

- Peter Thiel (Palantir, Facebook-Investor)
- Reid Hoffman (LinkedIn, Microsoft)
- Max Levchin (PayPal, Affirm)
- Chad Hurley & Steve Chen (YouTube)
- David Sacks (Yammer, Geni.com)

Diese Gruppe hat enge Verbindungen zu Regierungen, dem Militär und der Finanzwelt.

Nach der US-Wahl 2024 schrieb The Economist:

«Mit der Wiederwahl von Donald Trump hat die PayPal-Mafia die Kontrolle über die US-Regierung übernommen.»

MUSK & DER TIEFE STAAT

CNN und Time berichten, dass Musk als «mächtigster Bürokrat in der US-Geschichte» agiert – ohne demokratische Kontrolle.

- DOGE (Department of Government Efficiency) zerstört Bundesbehörden.
- NASA, DARPA & Pentagon unterstützen seine Projekte.
- Jeff Bezos & Blue Origin bauen mit ihm private Raumstationen.

«Elon Musk hat mehr Macht als jeder andere Wahlkampfspender – einschliesslich Trumps eigener Kandidaten.»

– CNN

FAZIT: DIE GLOBALISTISCHE AGENDA UNTER MUSK

Musk und Trump sind Werkzeuge des tiefen Staates, um die konservative Opposition zu kontrollieren und vernichten. Die psychologische Kriegsführung der Globalisten erreicht ein neues Niveau.

Der «libertäre Kampf gegen den Tiefen Staat» ist in Wirklichkeit eine perfekt inszenierte Falle.

Währenddessen glaubt ein Teil der alternativen Gemeinschaft, dass die Erde flach ist.

Gott helfe uns allen.

Quelle: President Elon Musk's Great American Reset

Quelle: <https://uncutnews.ch/praesident-elon-musks-grosser-amerikanischer-neustart/>



Der Ausdruck «Blutbad» ist zwar verständlich, aber zynisch.
Chat-GPT zeigt das anschaulich. © KI-Bild/Chat-GPT

Für alle, die mit ihrer Sprache nicht blenden wollen

**Die einen sprechen und schreiben, um zu beeindrucken.
Die anderen, um verstanden zu werden. Infosperber hilft zweiteren.**

Marco Diener

Eines vorweg: Wer gerne so spricht oder schreibt, dass andere beeindruckt sind, braucht hier nicht weiterzulesen. Wer hingegen so sprechen und schreiben möchte, dass andere verstehen, ist hier richtig. In Zeitungen und Zeitschriften, Radio und Fernsehen, aber auch in Politik und Wirtschaft greift eine Sprache um sich, die zwar beeindruckend klingt, aber ungenau, umständlich und schlimmstenfalls unverständlich ist.

Beispiel gefällig? Die Tamedia-Zeitungen berichteten kürzlich über Femizide – also Morde an Frauen aufgrund ihres Geschlechts. Die Zeitungen schrieben: «Die Politik reagiert mit einer Reihe von Massnahmen auf die anhaltend hohen Opferzahlen. Die Kantone bauen ihr Bedrohungsmanagement aus.»

Klingt gut. Aber Leserinnen und Leser erfuhren nicht, was ein «Bedrohungsmanagement» ist. Sie konnten nicht lesen, was die Kantone tatsächlich tun. Und sie konnten sich auch keine Meinung dazu bilden.



Unter «Bedrohungsmanagement» kann sich auch Chat-GPT nichts Schlaues vorstellen.
© KI-Bild/Chat-GPT

Das Problem: Die Sprache der Blender ist ansteckend. Wer ihnen lange genug zuhört und wer zu viel von ihnen liest, spricht und schreibt plötzlich selber so. Für alle, die sich dem entziehen möchten, hat Infosperber eine Liste von Wörtern und Ausdrücken zusammengestellt, die es zu vermeiden gilt. Infosperber schlägt auch Alternativen dazu vor. Den ersten Teil der alphabetisch geordneten Liste (A bis D) finden sie hier:

- **abwickeln:** Das ist Finanzjargon. Wenn es heisst, dass eine Bank «abgewickelt» werden sollte, dann bedeutet das: man sollte sie «in Konkurs gehen lassen».
- **Am Ende des Tages:** Damit ist nicht die Zeit um 18 oder um 20 Uhr herum gemeint. Es ist eine Lehnformulierung aus dem Englischen. Sie bedeutet «letztlich» oder «schliesslich».
- **aktiv:** Gegenüber einer Zeitung soll der Sicherheitschef von Saas-Fee VS gesagt haben: «Die Skifahrer missachten aktiv unsere Anweisungen.» Andernorts lesen wir, da habe einer den anderen «nicht aktiv eingeladen». «Aktiv» ist überflüssig. Fast immer.
- **Analyst:** Auch ein Lehnwort aus dem Englischen. Eigentlich handelt es sich um «Analytiker».
- **Arealentwicklung:** Eines der Lieblingswörter von Leuten, die in der Verwaltung oder in der Immobilienbranche tätig sind. Gemeint sind «Überbauungen». Aber «Arealentwicklung» klingt offenbar weniger negativ als «Überbauung».
- **aufgleisen:** SRF berichtete: «Neue Tarifregelung für ambulante Behandlungen ist aufgleist.» Was das bedeutet? Nichts. Die Zuschauer erfahren nicht, was «geplant», «beschlossen», «eingeführt» oder bereits «in Kraft» ist. Übrigens: «Auf den Weg bringen» oder «auf den Schlitten bringen» ist auch nicht besser als «aufgleisen».



Was wird da genau «aufgleist»? © KI-Bild/Chat-GPT

- **ausrollen:** Auch so ein Lehnwort aus dem Englischen. Die Swisscom behauptet beispielsweise, sie habe «die Software an allen elf Standorten gleichzeitig ausgerollt». Wer sich vor Augen führt, wie das aussähe, kann nur den Kopf über diese Formulierung schütteln. Vermutlich hat die Swisscom die Software «eingeführt». Aber wer weiss?



«Ausrollen» stellt sich Chat-GPT so vor.
Aber wie «rollt» die Swisscom wohl ihre Software «aus»?
© KI-Bild/Chat-GPT

- **Ausrufezeichen:** Wer hat nicht schon alles «ein Ausrufezeichen gesetzt»? Sportler, Politiker, Künstler. Was sie getan haben? Eine ausserordentliche «Leistung erbracht», etwas «in aller Deutlichkeit gesagt», einen «Preis gewonnen». Das sagt man am besten auch so.
- **Banker:** Ein Allerweltswort, dazu noch unpräzise. Denn es gibt «Bankiers» und «Bankangestellte». «Bankangestellte» sind – wie der Name sagt – Angestellte; «Bankiers» hingegen sind «Besitzer» oder «Verwaltungsräte» einer Bank.
- **barrierefrei:** Wenn etwas «barrierefrei» ist, dann hat es keine Barriere. Wenn etwas «nicht barrierefrei» ist, dann hat es auch keine Barriere. Denn eigentlich geht es gar nicht um Barrieren, sondern darum, ob ein Gebäude oder ein Verkehrsmittel «behindertengängig» ist.
- **Begrifflichkeit:** Das ist an sich ein Fachbegriff aus der Philosophie. Gemeint ist meistens bloss ein «Begriff» oder ein «Wort». Aber die «Begrifflichkeit» mit ihren Nachsilben «-lich» und «-keit» klingt halt beeindruckender.
- **Blutbad:** Niemand badet. «Blutbad» ist ein Wort, das an Zynismus kaum zu übertreffen ist.
- **Blutvergiessen:** Niemand läuft mit der Giesskanne herum. Siehe auch «Blutbad».



Wie kommen Journalisten dazu, das Wort «Blutvergiessen» zu verwenden?
© KI-Bild/Chat-GPT

- **Blutzoll:** Niemand bezahlt Zoll. Das Wort ist so zynisch wie das «Blutbad» und das «Blutvergiessen». Denn «Zoll» ist eine obligatorische Abgabe.
- **Botschafter:** Roger Federer war ein erfolgreicher Tennisspieler. Aber er war nie Diplomat. Und trotzdem wird er ständig als «Botschafter» von Kaffeemaschinen, von Schokolade, einer Bank, von Luxusuhren, von chinesischen Kleidern, von teuren Schuhen und sogar als «Botschafter» der Schweiz bezeichnet. Dabei ist er nichts anderes als ein «Werbeträger».
- **Care-Arbeit:** Ein Allerweltswort. Geht es um Kinder, Behinderte, Alte? Sind sie krank, verletzt, eingeschränkt? Brauchen sie Betreuung, Pflege oder Heilung? Oder bloss Unterhaltung? Über all das sagt «Care-Arbeit» nichts aus.
- **CEO:** Ist ganz einfach der «Direktor», allenfalls der «Generaldirektor».
- **CFO:** Und das ist der «Finanzchef».
- **CO₂-Emissionen:** Warum nicht «CO₂-Ausstoss»?
- **Crowdfunding:** Früher hiess das «Spendensammlung». Und das war gut so.
- **diametral:** Häufig in der Kombination «diametral entgegengesetzt». Doch wie anders als «diametral» soll etwas «entgegengesetzt» sein?
- **disruptiv:** Modewort. Hat ursprünglich zwei Bedeutungen: 1. In der Biologie «grob gemustert». 2. In der Technik «ein Gleichgewicht oder ein System zerstörend». Ansonsten bedeutet es wohl: «Schaut her – was für ein kluger Kerl ich bin! Dass ich solche Wörter kenne! Und anwende!»
- **divers:** Bedeutet eigentlich «vielfältig». Aber das klingt weniger woke. Wobei: «woke» ist ein Fall für sich.
- **DNA:** Auf Deutsch eigentlich «DNS». Oder «Desoxyribonukleinsäure». Der Ausdruck stammt aus der Genetik. Als Leser staunen wir darüber, was alles im Erbgut angelegt sein soll. Die Migros hat nach eigenen Angaben die Nachhaltigkeit in der «DNA». Die Transparenz auch. Die Regionalität ebenso. Und die soziale Verantwortung sowieso. Für die UBS müssen Unternehmer die richtige «DNA» haben. Und Aldi hat «Top-Qualität zum besten Preis» in der «DNA». Dabei ist den Firmen die Nachhaltigkeit, die Transparenz oder was auch immer möglicherweise «wichtig». Am besten würden sie das auch einfach so sagen.

Korruptes Land im Osten – Die Ukraine kurz und knapp erklärt

Freitag, 28. Februar 2025, von Freeman-Fortsetzung um 08:03



Mehr braucht es dazu nicht zu sagen.....

Wie lange bezeichnet unser Italo-Svizzero Bundesrat den Komiker aus dem Osten noch als seinen Freund?
Wir nehmen Wetten entgegen, dass er ihn in ein paar Tagen, Wochen oder Monaten nicht mehr kennt ...
Auch die sind gut ...



**Wer in der Welt lachen
will, schaut nach
Deutschland.**

**Wer nichts zu lachen
hat, wohnt in
Deutschland!**

AP Associated
~~Press~~
Propaganda

Korruptes Land im Osten – Was nicht passt, das wird zurechtgebogen

Dienstag, 25. Februar 2025, von Freeman-Fortsetzung um 14:01



Ha ha ha, da gab es wohl einiges Armumdrehen ...

Ukrainisches Parlament spricht Selenskyj Unterstützung aus

Nach dem Scheitern am Vortag hat das ukrainische Parlament im zweiten Anlauf eine Resolution zur Unterstützung von Präsident Wolodymyr Selensky verabschiedet.

Mit 268 Abgeordneten stimmte diesmal eine deutliche Mehrheit für den Entwurf.

Tags zuvor hatten sich in einer Sondersitzung anlässlich des dritten Jahrestages des russischen Einmarsches im Beisein internationaler Gäste nur 218 Unterstützer gefunden. 226 sind für ein erfolgreiches Votum notwendig.

In der nun im zweiten Anlauf angenommenen Resolution stellt die Oberste Rada fest, dass Selenskys Mandat als Präsident weder vom ukrainischen Volk noch vom Parlament in Zweifel gezogen wird.

«Der Präsident der Ukraine Wolodymyr Selensky wurde in freien, transparenten und demokratischen Wahlen gewählt», heisst es in dem Dokument, an dessen Text nach dem Durchfallen am Montag nichts geändert wurde. Selensky werde gemäss Verfassung weiter im Amt bleiben, bis ein neu gewählter Präsident dieses übernehmen kann, heisst es in der Resolution zudem. (sda/dpa)

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2025/02/korruptes-land-im-osten-was-nicht-passt.html#ixzz91X-HUmZPm>

Wokeness hat fertig

Claudia56, 24.02.2025, 13:17

(Anm. Billy: Bedeutung/Erklärung des Begriffs Woken/Wokeness: = Der Begriff wurde ursprünglich von den afroamerikanischen Sklaven in den USA gebraucht und hatte die Bedeutungen «wach, wachsein, wachsam, aufgewacht, aufgeweckt sowie aufmerksam», doch dann wurde der Begriff später ins Englische übernommen und mit der Zeit geändert zur weiteren Bedeutungsformen, wie z.B.: «hochpolitisch engagiert», wobei das Ganze besonders in jeder Weise gegen jegliche Form von Diskriminierung sozialer, rassistischer und auch sexistischer Art gerichtet ist.)

Der Bürger (Volkeswille) will diese links-grüne Wokeness nicht mehr haben. Deshalb hat er ihr mit seinem Stimmverhalten einen Denktzettel verpasst. Und das ist auch richtig so. Denn dieses Woke ist ein Unterdrückungsinstrument für alle, die eben nicht woke sein wollen. Es hat so etwas Absolutes an sich, nur dies sind die richtigen Werte und jeder der gegen Woke ist, hat keine Werte, ist Rechtsradikal, Nazi, Rassist, Homophob usw. Sie wollen damit Rechts bekämpfen und bekämpfen aber alle Bürger, die nicht woke sein wollen.

Dabei ist es in einer Demokratie Rechtens, dass man sich keiner Ideologie anschliessen muss. Es ist also erlaubt, nicht woke zu sein. Aber diese Wokeness ist mittlerweile zu einer Religion geworden, an der man nicht mehr rütteln darf, die man nicht mehr hinterfragen darf, auch kritisieren ist nicht mehr erwünscht. Sie ist zur alleinigen seligmachenden Ideologie, die die einzig wahren Werte hütet, aufgestiegen. Und da haben sie sich verrannt. Der Bürger ist nicht mehr gewillt, sich dieser Ideologie unterzuordnen. Im Gegenteil mittlerweile sieht man ja, dass diese Ideologie in die falsche Richtung läuft, was man unbedingt korrigieren muss.

Jetzt kann man sich fragen, was ist denn so schlimm an der Wokeness? So ziemlich alles.

Wir hatten mal Rede- und Meinungsfreiheit und dann kam diese Wokeness.

Die Woken. berufen sich darauf, dass wenn sich jemand beleidigt FÜHLT es sich auch um eine Beleidigung handelt. Da ist das Gefühl ausschlaggebend und nicht das Recht und Gesetz. Und damit sich niemand beleidigt FÜHLT wird jetzt von den woken Links-Grünen verlangt, im voraus schon alles zu unterlassen, was dazu beiträgt, dass sich eben jemand beleidigt FÜHLT. Das gilt natürlich nur für Minderheiten. Wenn man die Mehrheit beleidigt, dann können die sich solange beleidigt fühlen wie sie wollen, da wird keine Rücksicht genommen.

Da kommt dann das andere von dieser Wokeness ins Spiel, da geht es nämlich auch darum, dass JETZT mal andersherum diskriminiert werden soll. Das zeigt sich an dem Zweig, der Quoten fordert, egal ob die Qualifikation stimmt oder nicht. Minderheiten müssen da bevorzugt werden. Die Mehrheiten haben also zu kuschen, sich beleidigen und diskriminieren zu lassen, das ist das Ziel der Wokeness, und dem wird alles andere untergeordnet. Also ein System «der Minderheiten first».

Ausserdem wird einfach unterstellt, dass es ALLEN aus der Mehrheit viel besser geht als den Minderheiten. Das ist aber bei weitem nicht so. Ich kann mich noch gut erinnern, dass gerade die «Minderheiten» sich in meiner Schulzeit ganz schön durchsetzen konnten und «brave» Kinder gerne auch mal übersehen wurden. Da galt auch das System, wer auf den Putz haut gewinnt. Ist das nicht auch das gleiche System, vom Stärkeren gewinnt? Die Mehrheit wird heute deswegen verachtet, weil sie angeblich auf das Recht des Stärkeren setzt.

Wenn ich mir Sendungen anschau, dann sehe ich immer Leute, die sich beklagen, dass SIE keine Wohnung bekämen, weil sie Migrationshintergrund haben, oder weil sie schwul sind, oder schwarze Haut haben. Gibt es nicht auch tausende Ur-Deutsche, die auch keine Wohnung bekommen, oder die auch gemobbt werden, nur weil sie deutsch sind, man muss da nur mal in bestimmten Gebieten in die Schulen schauen?

Dieses ich werde nur diskriminiert, weil ich schwarz bin, weil ich eine Frau bin, weil ich lesbisch oder schwul bin, weil ich Migrationshintergrund habe, sollte man mal genauer untersuchen, ob da nicht auch andere Leute genauso betroffen sind.

Wahrscheinlich findet man da auch jede Menge «Opfer», die sich nicht durchsetzen können. Die haben ja auch keine Lobby, der Normalo wird von allen Seiten gerne vergessen. Da heisst es dann, wenn der sich nicht durchsetzen kann, dann hat er eben Pech gehabt, dann fällt er halt durchs Raster. Während auf der anderen Seite tausende Berater schauen, dass ja keine Minderheit in irgendeiner Weise benachteiligt wird, kümmert sich niemand um die, denen es nicht anders geht, die aber zu den Normalos gehören.

Sind es also wirklich immer nur die Minderheiten, die hintenanstehen? Oder wollen die sich mit dieser Wokeness nicht auch nur Vorteile beschaffen. Die sind nämlich mitunter ziemlich laut, anklagend und fordernd.

Wenn wir uns an unser Grundgesetz halten wollen, dann darf niemand diskriminiert werden, aber auch niemand bevorzugt. Schon allein da sind also die woken Links-Grünen nicht mehr mit unserem Grundgesetz konform, weil sie ja die Diskriminierung der Mehrheit und die Bevorzugung der Minderheiten befürworten. Ausserdem fördert dieser ganze woke Kram die Spaltung der Gesellschaft. Anstatt gleiche Rechte für ALLE, gibt es Sonderrechte für Minderheiten. Das hält keine Gesellschaft auf Dauer aus. Wer will sich den freiwillig hintenanstellen? Wer will sich den freiwillig auf der Nase herumtanzen lassen? Wer will diese Benachteiligung freiwillig über sich ergehen lassen? Also kein Wunder, wenn sich die Leute dagegen wehren.

Man müsste mal die woken Links-Grünen fragen, ob sie sich auch wirklich hintenanstellen, sich benachteiligen lassen, oder ob das nur was ist, was sie von der normalen Bevölkerung erwarten? Meist siegt da ja der Spruch:

«Wasser predigen und selbst Wein trinken!»

Übrigens, dass die AfD ihre Stimmanteil verdoppelt hat, liegt auch daran, dass sie sich als einzige Partei denen zugetan haben, die alle anderen Parteien einfach nicht mehr haben wollen. Die Normalos. Sie ist die einzige Partei für diese Leute ohne Lobby, ohne Berater, ohne Fürsprache. Und wenn diese woke Politik so weiter geht, dann wird sie wohl in nächster Zeit auch im Westen zur stärksten Partei aufsteigen.

Quelle: <https://www.fischundfleisch.com/claudia56/wokeness-hat-fertig-88904>

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.

20.02.2025

Fremdwörter – Gefahr für Schreiber und Leser

**Viele Fremdwörter sind ein Problem: manchmal, weil Leser sie nicht verstehen;
oft auch, weil Schreiber sie falsch verwenden.**

Marco Diener



So stellt sich Chat-GPT jemanden vor, der «faktenbasiert unterwegs» ist. © KI-Bild/Chat-GPT

Im ersten Teil dieser Serie ging es darum, dass manche Menschen so sprechen und schreiben, dass sie beeindruckend, und nicht so, dass sie verstanden werden. Zum Beeindrucken dienen häufig Fremdwörter.

Ein Beispiel aus der «Berner Zeitung»: «Kommt die Schweiz final zu diesem Schluss, kann sie der spanischen Justiz die Unterstützung verweigern.» Mit «final» und «zu diesem Schluss» ist eigentlich zwei Mal das Gleiche gesagt. Aber «final» klingt natürlich klug.

Der grünliberale Aargauer Nationalrat Beat Flach sagte letzten Herbst nach der gewonnenen Autobahn-Abstimmung, er und seine Mitstreiter seien «faktenbasiert unterwegs» gewesen. Er hätte auch einfach sagen können, sie hätten sich «an die Tatsachen gehalten».

Noch schlimmer als Fremdwörter sind englische Ausdrücke. Die «Berner Zeitung» brachte es zustande, in einem einzigen Artikel zehnmal den Begriff «social freezing» zu verwenden. Dabei ging es nicht darum, dass jemand eine Beziehung auf Eis legen würde. Es ging um nichts Gesellschaftliches und um nichts Soziales, sondern ums Einfrieren unbefruchteter Eizellen. Warum also nicht auf Deutsch? Die Chancen, dass Leser und Leserinnen das verstanden hätten, wären grösser gewesen.

Hier finden Sie den zweiten Teil der alphabetischen Liste (E bis G) von Wörtern, die es zu vermeiden gälte:

- **Eigner:** Das ist ein «Eigentümer». Oder vielleicht auch nur ein «Besitzer».
- **einordnen:** «Wir ordnen ein.» Es vergeht kaum eine «10-vor-10»-Sendung am Fernsehen SRF, in welcher der Moderator oder die Moderatorin dieses Versprechen nicht abgibt. Dabei stehen keine Ordner auf dem Tisch, und es hat auch kein Regal an der Wand. In den Fernsehsendungen wird nichts «eingeordnet», sondern «erklärt». Bestenfalls.
- **emissionsintensiv:** «Stinkt» es? Ist es «lärmig»? «Verpestet» jemand die Luft? «Vergiftet» einer die Böden? Es gäbe so viele schöne Wörter, die mehr sagen.
- **emotional:** Radio SRF berichtete über eine Frau, deren Mann bei einem Erdbeben umgekommen war. An seinem Todestag werde sie immer «emotional». «Emotional» ist ein Oberbegriff, der wenig aussagt. Ist die Frau «traurig», «niedergeschlagen», «unglücklich» oder sogar «verzweifelt»?
- **Entlastungspaket:** Wie wär's mit «Sparpaket»?
- **Erzählung:** Die «Erzählung» ist der Bruder des «Narrativs». Die «Erzählung» hat gegenüber dem «Narrativ» den Vorteil, dass das Wort auch für Nicht-Lateiner verständlich ist. Aber sonst: Die «Erzählung» ist genauso perfid wie das «Narrativ». Wer von einer «Erzählung» oder einem «Narrativ» spricht, der unterstellt, dass etwas faul ist. Deshalb: Warum nicht gleich «Behauptung», «Gerücht», «Märchen», «Lügengeschichte»? Damit wäre das Problem benannt.
- **Expats:** In der Regel reiche Ausländer, die sich gar nicht Mühe geben, sich einzuleben. Wenn es so ist, kann man es auch so sagen.
- **Expertise:** Ist einfach «Fachwissen».
- **Event:** Das ist ein «Anlass», eine «Veranstaltung», ein «Fest», eine «Feier», vielleicht ein «Konzert».
- **Fachkräftemangel:** Warum nicht einfach «Personalmangel»? Oft geht es ja gar nicht um «Fachkräfte». Aber um «Personal» geht es immer.
- **Fachexperte:** Es gibt «Fachleute» und es gibt «Experten». Aber «Fachexperten»?
- **Fachspezialist:** Siehe oben: Es gibt «Fachleute» und es gibt «Spezialisten». Aber «Fachspezialisten»?
- **Fallzahlen:** Warum nicht «Fälle»? Das reicht eigentlich.
- **Feuerwehrpersonen:** Radio SRF berichtete, dass die «Feuerwehrpersonen» den Waldbränden in Kalifornien machtlos gegenüberstünden. Ein schönes Beispiel für verunglückte geschlechtergerechte Sprache. Denn seit jeher gibt es das Wort «Feuerwehrleute». Das ist durchaus geschlechtergerecht.
- **final:** siehe Haupttext oben.

- **Finanzen:** Das ist ‹Geld›.
- **Finanzielle Mittel:** Das auch.
- **fit:** Ist ein Allerweltswort geworden. Da werden «Mitarbeiter fit für den Arbeitsmarkt gemacht», «touristische Attraktionen fit für die neue Saison» und Angestellte «fit für die immer neuen digitalen Anforderungen». Und als ob das nicht reichen würde, werden bei einer Hausrenovation auch noch «die Metallgriffe in Kleinarbeit fit gemacht». Werden sie ‹geschliffen›, ‹gestrichen› oder ‹verstärkt›? Und die Menschen: ‹geschult›, ‹unterrichtet› oder ‹angelernt›? Fit bedeutet alles. Und nichts. Das Wort ist unbrauchbar.
- **fixen:** Mächten früher Drogensüchtige. Jetzt tun es Wichtigtuer mit voller Agenda. Sie entlehnen das Wort aus dem Englischen. Sie könnten auch sagen: ‹abmachen› oder ‹vereinbaren›.
- **flächenintensiv:** Beschönigender Immobilien-Branchenjargon. Bedeutet eigentlich, dass unverschämt viel Boden überbaut wird.
- **Freiwilligenarbeit:** Die meisten Leute arbeiten ‹freiwillig›. Sie könnten auch die Stelle wechseln. Sie sind ja nicht Sklaven. Gemeint ist ‹ehrenamtliche Arbeit›, ‹unentgeltliche› oder ‹unbezahlte Arbeit›.
- **frontal:** «Murdoch frontal angegriffen», meldete das ‹St. Galler Tagblatt›. Ob ‹frontal› oder ‹lateral› ist egal. Wichtig ist eigentlich nur, dass der Verleger ‹angegriffen› wurde. Wichtiger wäre, ob er mit Worten oder mit Taten angegriffen wurde.
- **Funktionalität:** Die Postfinance rühmte sich kürzlich, dass sie eine neue ‹Funktionalität› anbiete. Sie verwendet ein Wort, das für alle, die blenden wollen, wie geschaffen ist. ‹Funktionalität› bedeutet hier nichts anderes als ‹Funktion›.
- **Fussabdruck:** Unfreiwillig komisch berichtete Radio SRF über Minenprojekte in Schweden: «Eine neue Mine hat immer einen grossen Fussabdruck.» Stattdessen hätte SRF melden können: «Eine neue Mine führt immer zu grossen Umweltschäden.» Das wäre leichter verständlich. Und nicht absurd.



«Eine Mine hat immer einen grossen Fussabdruck»:
Chat-GPT liefert das Bild dazu. © KI-Bild/Chat-GPT

- **Gastgeber:** Modewort. Es geht um einen ‹Wirt›. Oder um einen ‹Hotelier›.
- **Gastronom:** Auch ein Modewort. Immerhin kann hier nur ein ‹Wirt› und nicht auch noch ein ‹Hotelier› gemeint sein.
- **Gebäulichkeit:** Wörter mit den Nachsilben ‹-lich› und ‹-keit› sind hässlich. Immer. Warum nicht einfach ‹Haus›, ‹Bau›, ‹Baute›? Und wenn es unbedingt eine Nachsilbe sein soll: ‹Liegenschaft›. Oder mit Vorsilbe: ‹Gebäude›.
- **geföhlt:** Der ‹Blick› teilte seinen Lesern mit: «Geföhlt wird das Fliegen teurer.» Die Leser hätten wohl gerne gewusst, ob es nur ‹geföhlt› oder ‹tatsächlich› teurer werde. Und am besten gleich auch noch um wie viel.
- **Gemengelage:** SRF meldete: «In dieser Gemengelage traf Wirtschaftsminister Robert Habeck mit seiner vielbeachteten Videorede einen Nerv.» Die ‹Gemengelage› ist ganz einfach eine ‹Situation›, vielleicht auch ein ‹Durcheinander›.
- **generieren:** Ist ein Modewort. Bundesrat Albert Rösti sagt: «Floriert die Wirtschaft, generiert das Steuereinnahmen.» Das gibt der banalen Aussage ein bisschen mehr Gewicht. Eigentlich bedeutet der Satz bloss: «Die blühende Wirtschaft bringt höhere Steuereinnahmen.» Weitere Alternativen zu ‹generieren›: ‹erzeugen›, ‹herstellen›, ‹erschaffen›, ‹zeitigen›.
- **geopolitisch:** Das ist Politjargon. ‹Weltpolitisch› täte es auch.
- **geopolitische Verwerfung:** SRF meldete: «Auf geopolitische Verwerfungen kann die Landesregierung bekanntlich wenig Einfluss nehmen.» Und meinte: ‹Kriege›.



Unter «Verwerfungen» kann sich auch Chat-GPT nichts Schlaues vorstellen:
Baumstrünke? Altpapier? Wolkenkratzer? © KI-Bild/Chat-GPT

- **global:** Lässt sich gut vermeiden. Bedeutet: «weltweit».
- **globaler Süden:** Die Bezeichnungen «Entwicklungsländer» oder gar «Dritte Welt» gelten heute als inkorrekt. Der Begriff «globaler Süden» ist als Ersatz aber untauglich. Kaum jemandem dürfte nämlich bewusst sein, dass zwei der südlichsten Länder überhaupt – Australien und Neuseeland – zum «globalen Norden» gehören. Albanien und die Ukraine – je nach Definition – hingegen zum «globalen Süden».

Es geht weiter in die falsche Richtung – Wahlversprechen sind «flugs» dahin

VonELA, Feb. 28, 2025

Alles bleibt scheinbar beim Alten in Deutschland, wo offenbar der «Wortbruch» zur politischen Etikette zählt. So ist unter anderem auch der nächste Flieger mit afghanischen Flüchtlingen in Deutschland gelandet, anstatt von hier, mit Straftätern in Richtung Afghanistan zu starten.



Bild: Bildbearbeitung privat

Merz spielt weiter wie gehabt

Nicht genug, dass der neu gewählte Kanzler Friedrich Merz bereits sämtliche seiner Wahlversprechen bereits Stunden nach der Wahl gebrochen hat, denn im Wahlkampf posaunte man bekanntlich noch kämpferisch von «dichten Grenzen» und Einhaltung der Schuldenbremse, soll es Informationen zu Folge auch noch mit Nancy Faeser im Innenministerium zur Fortführung ihrer desaströsen Politik kommen. Auch «Helfershelfer» Söder hatte bereits am Tag nach der Wahl, wie selbstverständlich erklärt, man hatte zwar seitens der CSU im Wahlkampf rigorose Grenzschliessungen gefordert, möchte nun jedoch dem «grossen Bruder» in Person des Friedrich Merz auf keinen Fall «dreinreden». Des Gleichen fährt man seitens der Union die

«konsequente Umfaller-Linie» im Hinblick auf den Ukraine-Konflikt unbeirrt weiter, wie Merz ebenfalls bereits Stunden nach der «mit knapper Not» gewonnenen Wahl gepostet hatte.



So landete bereits eben auch am zweiten Tag nach der Wahl, dem 25. Februar um 10.15 Uhr eine Maschine mit 155 Personen auf dem Flughafen in Berlin, wie UME berichtet hatte.

An Bord befanden sich einmal mehr «Flüchtlinge und sogenannte Ortskräfte», also Afghanen, die bis zum Abzug der Bundeswehr im Jahr 2021 für Deutschland gearbeitet hatten.

Das Flugzeug war in Pakistan (Islamabad) gestartet, und in Dubai zwischengelandet. Eine direkte Verbindung mit Afghanistan gibt es bekanntlich nicht. Nach Angaben der BILD soll der nächste Flug mit afghanischen «Flüchtlingen» aus Pakistan bereits Anfang März in Deutschland landen.

Nun Deutschland hatte zwar bekanntlich deutlich «Mitte Rechts» gewählt, Friedrich Merz und das ist wohl keineswegs überraschend schlägt einen deutlichen Weg in Richtung Links und der bereits bekannten, für Deutschland desaströsen Politik der letzten Jahre ein und ist somit ein Garant für «weiter wie gehabt». Nicht nur die Flieger werden also fraglos weiterhin in die «falsche Richtung» unterwegs sein.

Quelle: <https://unser-mittleuropa.com/160551>

Vermeintliche Abnehm-«Wunderspritze» Ozempic wird sogar mit Schilddrüsenkrebs in Verbindung gebracht



Bild: 315613880 © Fru | Dreamstime.com

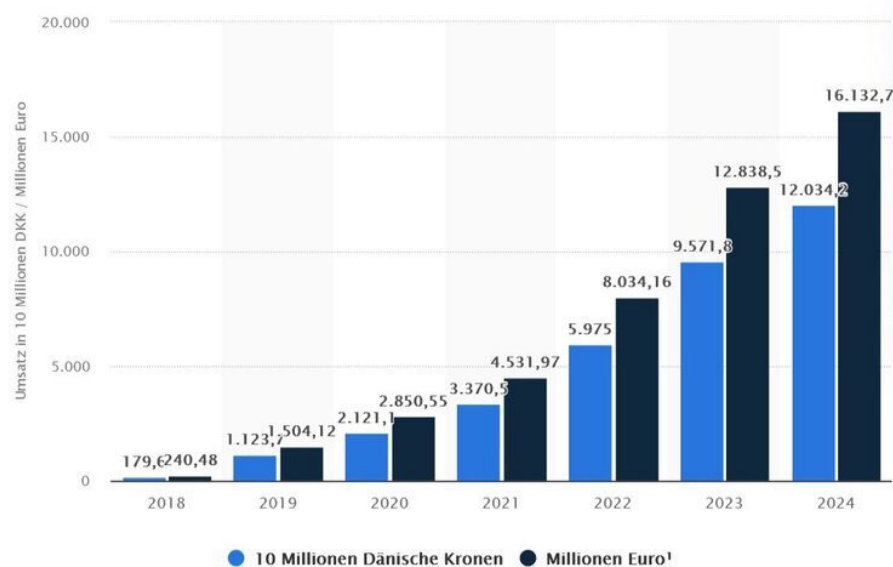
Ozempic scheint immer beliebter zu werden, vor allem auch in Hollywood. Doch die gesundheitlichen Risiken kristallisieren sich immer mehr heraus. Kürzlich ist in «Nature Medicine» eine Studie erschienen, derzufolge das Präparat eine Reihe von Leiden, darunter gastrointestinale Störungen sowie eine entzündliche Erkrankung der Niere und der Bauchspeicheldrüse, bedingen kann.

Von Torsten Engelbrecht, Veröffentlicht am 28. Februar 2025 von TE

Das dänische Pharmaunternehmen Novo Nordisk erwirtschaftete mit dem Arzneimittel Ozempic im Jahr 2024 weltweit einen Umsatz von rund 120,3 Milliarden Dänischen Kronen, umgerechnet etwa 16,1 Milliarden Euro. Das Antidiabetikum, das zweckentfremdet auch für eine Gewichtsreduktion verwendet wird, war damit das umsatzstärkste Produkt im Portfolio des Unternehmens.

Sechs Jahre zuvor, im Jahr 2018, belief sich der Ozempic-Umsatz lediglich auf ein 50stel dessen, nämlich auf nur 240 Millionen Euro (siehe Grafik unten). Die stark gestiegene Nachfrage nach Ozempic führte in den vergangenen Jahren wiederholt zu vorübergehenden Lieferengpässen .

Umsatz des Pharmaunternehmens Novo Nordisk mit dem Arzneimittel Ozempic in den Jahren von 2018 bis 2024 (in 10 Millionen Dänische Kronen/Millionen Euro); Quelle: Statista



Der gestiegene Umsatz hängt besonders auch damit zusammen, «dass Ozempic, ursprünglich als Diabetesmedikament gedacht, zur Gewichtsreduzierung an Popularität gewonnen hat», wie der Mediziner Joseph Mercola vor wenigen Tagen schrieb. Dies habe «zu einer weltweiten Verknappung geführt».

Für das dänische Pharmaunternehmen und dessen Anteilseigner sind das rein finanziell betrachtet sehr gute Nachrichten. Und auch der Umstand, dass Menschen damit ihr Übergewicht verringern oder gar auf ein Normalniveau drücken können, ist für sich genommen durchaus positiv zu werten. Denn Übergewicht kann, vor allem in seiner starken Form, mit vielerlei Problemen körperlicher und psychischer Art einhergehen. Transition News schrieb dazu kurz vor Weihnachten:

«Bei Medikamenten wie Ozempic wird von einem regelrechten Boom gesprochen. Sogar Hollywoodstars sind begeistert. Doch die Euphorie wird gestört durch Meldungen über heftige Nebenwirkungen wie Übelkeit, Erbrechen, Pankreatitis, Darmverschluss und Magenlähmung.

Jetzt wird ein weiterer körperlicher Schaden mit Ozempic in Verbindung gebracht. So bringt eine aktuelle Studie das Abnehm-Präparat mit Blindheit in Verbindung. Der Arbeit zufolge hatten Diabetes-Patienten, die Ozempic einnahmen, ein mehr als doppelt so hohes Risiko, eine Augenkrankheit zu erleiden, die zu Sehkraftverlust führt, als Patienten, die ein anderes Diabetes-Medikament einnahmen.»

Mercola trägt vor, Ozempic und auch das vergleichbar wirkende Präparat Wegovy würden die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass sich 19 Gesundheitsprobleme einstellen, darunter Ohnmacht, Nierenprobleme und Probleme mit der Bauchspeicheldrüse. Sogar das Risiko, an Schilddrüsenkrebs zu erkranken, bringt der 70-Jährige mit der vermeintlichen «Wunderspritze» in Verbindung.

Mercola zitiert auch aus einer aktuellen Nature Medicine-Studie, in der es heisst:

«Die Einnahme von GLP-1[-Rezeptor-Antagonisten wie Ozempic] war mit einem erhöhten Risiko für gastrointestinale Störungen, Hypotonie [niedriger Blutdruck], Synkopen [plötzlicher, kurzzeitiger Verlust des Bewusstseins], arthritische Störungen, Nephrolithiasis [Nierensteine], interstitielle Nephritis [entzündliche Erkrankung der Niere] und medikamenteninduzierte Pankreatitis [Bauchspeicheldrüsenentzündung] im Vergleich zur üblichen Behandlung verbunden.»

Mercolas Rat:

«Anstatt sich auf Medikamente zur Gewichtsabnahme zu verlassen, sollten Sie sich darauf konzentrieren, die zelluläre Energieproduktion durch Ernährungsumstellung zu optimieren, pflanzliche Öle [in hochverarbeiteten Lebensmitteln] zu meiden und die Gesundheit Ihres Darms und Ihrer Mitochondrien zu unterstützen.»

Doch Rat und Tat sind für viele offenkundig nicht unter einen Hut zu bekommen, allen voran für die ständig im Rampenlicht stehenden Stars und Sternchen nicht. So berichtete Bild am Mittwoch in einem Video-Beitrag von «Schockbildern» bei der Preisverleihung der Screen Actors Guild (SAG) Awards, den Preisen der Schauspielergewerkschaft in Hollywood, und meint:

«Immer mehr Stars sind erschreckend dünn! Eine Woche, bevor die Oscars verliehen werden, scheint bei den SAG Awards die Abnehmspritze Ozempic der grosse Star zu sein. Viele der Promis auf dem blauen Teppich fallen dadurch auf, dass sie umgangssprachlich nur noch aus Haut und Knochen zu bestehen scheinen. Und das ist vor allem in einem hageren Gesicht zu erkennen, das sehr eingefallen aussieht.

Viele sprechen nicht darüber, warum sie plötzlich so dünn aussehen. Was allerdings unübersehbar ist: Es ist ein Trend, dass in Hollywood immer mehr Kurven verschwinden ... Für die Fans scheint dieser Trend ein echter Schocker zu sein.»

Hier scheint die Bild allerdings zu überdrehen. So ist in dem Video-Beitrag von Bild.de zuerst die 31-jährige US-Schauspielerin und -Sängerin Ariana Grande zu sehen (siehe Screenshot unten), bei deren Anblick man sich durchaus Mühe geben muss, darin einen «rechten Schocker» zu sehen.

Die Kommentare auf der Insta-Seite @honeymoonavenue, einer Fan-Seite von Ariana Grande, zu deren Auftritt bei den SAG Awards gehen auch eher in die ganz andere Richtung, nämlich in die von @arianator09_fan, die meint: «SHE LOOKS SO STUNNINGGG AHHH.»



Ariana Grande bei den diesjährigen SAG Awards; Quelle: Bild.de

Über Schönheit lässt sich bekanntlich auch nicht streiten, denn sie liegt im Auge eines jeden Betrachters. Und es nützt ja auch niemandem wirklich, Menschen öffentlich-medial ein «schockierend» ungesundes Aussehen zu bescheinigen, ob sie nun sehr dünn oder sehr dick sind. Vielleicht gehen dadurch für ein Medium die Views-Zahlen nach oben, für den allerorten notwendigen sensiblen Umgang miteinander stehen sie aber nicht.

Quelle: Mercola: Ozempic Linked to 19 Adverse Health Events - 22. Februar 2025

Bild: Teppich der Kuriositäten: Stars schocken mit Ozempic-Schnute-26. Februar 2025

Quelle: <https://transition-news.org/vermeintliche-abnehm-wunderpille-ozempic-wird-sogar-mit-schilddrusenkrebs-in>

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.
28.02.2025



Plakate, die für Reports der «Berner Zeitung» warben © bz

Vor vierzig Jahren wurde ich als Chefredaktor abgesetzt

Tabu waren das Militär, das geplante AKW Graben, die Landwirtschaft und die einflussreichen Sekten im Berner Oberland.

Urs P. Gasche



© Weltwoche

Vor genau vierzig Jahren hat mich der Verwaltungsrat der «Berner Zeitung» als Chefredaktor entlassen. Meine publizistische Linie sei zu wenig «bürgerlich». Da er mir nichts Konkretes vorwerfen konnte, verhandelte ich eine Abfindung in Höhe von 250'000 Franken und ging die Bedingung ein, dass ich mich zur Absetzung ein Jahr lang nicht öffentlich äussere. Nachdem das Jahr vorbei war, schilderte ich in der «Weltwoche», wie es auf der «Berner Zeitung» zu- und herging. Eine «heile Welt» herrschte bei den Medien auch damals nicht. Diese Mediengeschichte sei im Folgenden nochmals dokumentiert (nur leicht redigiert).

Eine Forumszeitung aus wirtschaftlichem Zwang

Der Verwaltungsrat der «Berner Zeitung» hängt mir ein «grün-linkes» Etikett um und setzt mich am 28. Februar 1985 ab. Nach ein paar Monaten Übergangszeit verkündet er stolz die Wahl des neuen Chefredaktors Ronald Roggen. Mit dem NZZ-Redaktor setzt er auf das Etikett «FDP, Hauptmann, Familienvater».

Nur ein Jahr später ist auch Ronald Roggen nicht mehr Chefredaktor.

Bald können sich mehrere Dutzend Journalisten rühmen, ein Angebot als Chefredaktor erhalten zu haben. Für die schwierige Personalsuche kassieren Kadervermittlungsfirmen wie Atag, Trimedia und andere von der «Berner Zeitung» mehrere hunderttausend Franken Vermittlungsgebühren.

Im Frühjahr 1987 erfolgt die Wahl des früheren «Kassensturz»-Leiters Beat Hurni. Das Pendel bei der «Berner Zeitung» schlägt zurück. Wieder beginnt ein neues Kapitel.

Zickzackkurs

Die «Berner Zeitung» («BZ») war zwischen den Jahren 1973 und 1979 aus Fusionen kleinerer Zeitungen entstanden und wurde mit einer Auflage von 122'000 zur viertgrössten Tageszeitung der Schweiz. Aus wirtschaftlichen Überlegungen erlaubte der Verwaltungsrat der Redaktion eine politische Öffnung – jedoch nur widerwillig. Der innere Widerspruch führte zu einem Zickzackkurs und raschem Auswechseln der Chefredaktion.

Meine Zeit als Chefredaktor im Rückblick

Die 1979 fusionierte Grosszeitung entwickelt sich unter dem freisinnigen Chefredaktor und PR-Mann Peter Schindler unbefriedigend. Der Verkauf von Abonnements und Inseraten verläuft schleppend. Deshalb ist der rechts-bürgerliche Verwaltungsrat 1982 damit einverstanden, die «BZ» politisch zu öffnen. Er setzt auf das Konzept einer «Forumszeitung». Das Ziel: Man will die Zeitung nicht nur SVP-Anhängern, sondern auch SP-Wählern, nicht nur Älteren, sondern auch Jüngeren, nicht nur auf dem Lande, sondern vermehrt in der Stadt verkaufen und dort den «Bund» konkurrenzieren.

Dafür braucht es einen neuen Chefredaktor.

Im «BZ»-Verwaltungsrat sitzen SVP- und FDP-Politiker, Oberrichter, Druckereibesitzer, Bernburger und Immobilienverwalter. Die zehn Männer bekennen sich nur widerwillig zur neuen Forumszeitung. Die Zeitung öffnet sich nicht aus publizistischer Überzeugung des Verlegers, sondern aus wirtschaftlichem Zwang. Dieser Widerspruch zwischen rationaler Einsicht und der emotionalen Verbundenheit mit Peter Sagers Ost-Institut erklärt den Zickzackkurs der «BZ»-Verantwortlichen.

Das «politische Umfeld» des Verwaltungsrats macht sich schon bald nach meinem Amtsantritt im Oktober 1982 bemerkbar. Es geht um die Volksinitiative zur Einsetzung eines Preisüberwachers. Nach Pro- und Contra-Artikeln setzt sich die Inlandredaktion in einem Abstimmungskommentar für ein «Ja» ein. Postwendend kritisiert «BZ»-Geschäftsleiter Peter Hausammann: «Das bringt uns auf SP-Kurs.»

Für einen Preisüberwacher stimmen 56 Prozent der Stimmberechtigten.

Eigentliches Feuer ins Dach bringt ein ausführlicher Bericht über die gravierenden Straftaten des 1982 verstorbenen SVP-Nationalrates und Grossrates Rudolf Etter. Die «BZ» übernimmt den recherchierten Artikel vom «Tages-Anzeiger», der den Skandal am Tag zuvor ans Licht brachte: Etters Mosterei in Aarwangen hatte Konkurs gemacht, während Etter Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes war. Etter hatte Bilan-

zen gefälscht und Lohnforderungen von 270'000 Franken hinterlassen. Eters Mosterei hatte auch 66'000 Franken für die AHV, die Pensionskasse und die Suva nicht einbezahlt.

Eine brisante Geschichte, die im Kanton Bern zum Tagesgespräch werden sollte.

Doch einflussreiche SVP-Politiker wollen die Misswirtschaft des langjährigen Gewerbeverbandspräsidenten wenigstens im Kanton Bern lieber unter dem Deckel halten. SVP-Regierungsrat Ernst Blaser äussert sich «tief enttäuscht» und ermahnt mich: «Ihre Zeitung hat während vieler Jahre den Angeschuldigten hochgehoben und hochgejubelt.»

SVP-Nationalrat Walter Augsburgberger schreibt empört: «Was Sie im Fall Rudolf Etter geboten haben, grenzt fast an Leichenschändung.» Augsburgberger empfiehlt mir: «Lassen Sie diesen Menschen in Frieden ruhen, sofern seine Seele überhaupt Frieden finden kann.»

Ein wütendes Schreiben, mit Kopie an seine «BZ»-Verwaltungsratskollegen, schickt Hans Rudolf Läderach, Bankdirektor in Langnau. Darauf zitieren mich die «BZ»-Verwaltungsräte Paul Gerber und Max Lauterburg in ihre Langnauer Druckerei. Worauf ich nicht gefasst bin: Von der Wand des Sitzungszimmers blickt mich der gerahmte Rudolf Etter an – Etter war langjähriger Verwaltungsrat dieser «BZ»-Druckerei. Max Lauterburg erstickt sogleich jede Diskussion: «Wenn jemand so hohe Ämter wie Etter bekleidet, muss er integer sein.» Die SVP und der Bauernverband seien masslos verärgert. Dieser Zeitungsstil sei nicht bernische Art.

Die Konkurrenzzeitung «Der Bund» bringt es fertig, über das mehrtägige Stammtischthema keine Zeile zu drucken. Dafür bringt der «Blick» am gleichen Tag wie die «BZ» die Schlagzeile: «Ex-Nationalrats-Präsident hinterliess Millionen-Pleite».

Antrittsbesuche

Migros-Chef Jules Kyburz begrüsst mich in seinem Büro im Shopyland Schönbühl: «Nett, dass Sie zu einem Antrittsbesuch kommen.» Im Laufe des Gesprächs sagt er: «Die Migros sollte nicht mit dem Entzug von Inseraten drohen, wegen der Pressefreiheit, doch wir wollen beim Inserieren auch unsere Freiheit haben.» Namentlich einen Redaktor stuft er als «migrosfeindlich» ein: «Solche Journalisten müssen Sie unter Kontrolle bekommen», ermahnt er mich.

Konkurrent Denner ist problemloser. Es drängt sich kein «Antrittsbesuch» auf, obwohl Denner der «Berner Zeitung» viel mehr Inserate bescherte als die Migros.

Wichtig hingegen ist eine persönliche Begrüssung von Nationalrat Fritz Hofmann. Er ist nicht nur Präsident der SVP, sondern auch Direktor des Zentralverbandes schweizerischer Milchproduzenten und langjähriger Kolumnist der «BZ». Wenn er nicht weiterhin jeden Monat eine Manuskriptseite in der «BZ» abdrucken könne, legt er mir nahe, dann könnte er «davon Abstand nehmen, das Zentralblatt (der Milchproduzenten) bei der «BZ»-Druckerei drucken zu lassen». Die «BZ» solle «aufbauend» schreiben und bei den Lesern «Hoffnungen wecken», rät er mir.

An einem Treffen zwischen Parteispitzen und dem «BZ»-Verlag lehrt mich SVP-Regierungsrat und Justizdirektor Peter Schmid, dass eine Zeitung kein Marktprodukt sei. Die «Berner Zeitung» habe die Aufgabe, «mit den Regierenden eine Partnerschaft einzugehen», um die «Staatserhaltung» zu sichern. Es störe ihn beispielsweise, dass die «BZ»-Korrespondentin in seiner Gemeinde die Frau eines engagierten SP-Mannes sei.

Konflikte bei Abstimmungsparolen

«BZ»-Geschäftsleiter Hausammann fasst das Treffen später wie folgt zusammen: Die SVP- und FDP-Politiker trauern einer eigenen oder ihnen nahestehenden Zeitung nach. Unterschwellig ist immer noch die Meinung verbreitet, die «BZ» habe von ihrer Herkunft her eine gewisse Verpflichtung übernommen, weiterhin Sprachrohr dieser bürgerlichen Parteien zu sein.

FDP-Nationalrätin Geneviève Aubry, die als Beruf Journalistin angibt, beschwert sich beim «BZ»-Geschäftsleiter über eine redaktionelle Kritik ihres Buches. Sie habe das Buch schliesslich in der «BZ»-Druckerei drucken lassen.

Der Kanton Bern steht vor der Abstimmung über eine Pistenverlängerung auf dem Flugplatz Belpmoos. Innerhalb der Geschäftsleitung kommt es zu einer harten Auseinandersetzung. Gemäss geltendem «BZ»-Redaktionsstatut kann der Verlag eine Abstimmungsempfehlung der Redaktion anfechten. Doch das letzte Wort hat der Chefredaktor.

Die altgedienten Lokalredaktoren wollen die Pistenverlängerung ablehnen. Hausammann verlangt einen Nein- und einen Ja-Kommentar. «Praktisch alle gewerblichen Kreise der Stadt Bern» würden sich für einen Flugplatz-Ausbau einsetzen. «Es muss vermieden werden, dass die «BZ» vorbeischiebt an einem wesentlichen Teil der Bevölkerung, der für die «BZ» recht stark meinungsbildend ist.»

Die Empfehlung, «nein» zu stimmen, hat eine grosse Mehrheit der Redaktion gefasst. Ich will diese Empfehlung nur beim Vorliegen schwerwiegender Gründe umstossen. Als Mitglied der Geschäftsleitung prüfe ich, ob wesentliche Geschäftsinteressen direkt tangiert sind. Das ist bei der Belpmoos-Piste nicht der Fall. Ich möchte ebenfalls vermeiden, dass ein grösserer Teil der Leserschaft die Haltung der Redaktion nicht nachvollziehen kann und/oder sich von der Zeitung abwendet. Auch das scheint mir nicht der Fall zu sein.

Tatsächlich lehnen bei der Volksabstimmung zwei Drittel der Stimmenden die Pistenverlängerung ab. Meine Vorgesetzten äussern sich nicht mehr.

Manchmal muss ich gegen die Mehrheit der Redaktion entscheiden, Parolen korrigieren oder vereinzelte Artikel ablehnen. Als die Redaktion die Zivildienstinitiative in einem Abstimmungskommentar befürworten will, setze ich je einen Pro- und einen Contra-Kommentar durch. Ich teile zwar die Meinung des Verwaltungsrates nicht, dass eine Ja-Parole der liberal-bürgerlichen Grundhaltung widersprechen würde, die im Redaktionsstatut festgeschrieben ist. Zivildienste gibt es schliesslich in fast allen westlichen Ländern. Wir müssen jedoch mit heftigen, emotionalen Negativreaktionen grösserer Leserkreise rechnen. Mehr als anderswo wurden und werden im Kanton Bern Zivildienstbefürworter mit linken Armeefeinden gleichgesetzt. In der Berner SVP und FDP gibt es nicht einmal befürwortende Minderheiten.

Aus ähnlichen Gründen drängt sich bei der Abstimmung über die Bankeninitiative eine kontradiktorische Schlusskommentierung auf. Geschäftsleiter und Verwaltungsräte hätten in beiden Fällen lieber ein klares Nein. Einige bekunden schon Mühe damit, dass eine Forumszeitung im Vorfeld der Abstimmung alle Seiten ausgewogen zu Wort kommen lässt.

«Sie sind vollkommen neben den Schienen»

Die Verwaltungsräte loben und tadeln. Nach den National- und Ständeratswahlen 1983 dankt Verwaltungsrat Peter Dällenbach der neuen Inlandredaktion für ihre «umfassende Berichterstattung» und die «aussergewöhnliche Eigenleistung und die sachgerechte Beurteilung unserer politischen Landschaft».

Vier Tage später schreibt mir Verwaltungsrat Max Lauterburg, ich sei «vollkommen neben den Schienen», weil ich in einem Kommentar die militärische Intervention der Reagan-Administration in Grenada kritisierte. Im Gegenteil, meint er, die Amerikaner seien bisher bei der Sicherung ihres Gebiets viel zu vorsichtig vorgegangen. Unser wirklicher Todfeind sei Russland. Lauterburg empfiehlt mir als «Pflichtlektüre» die Bücher «KGB» und «Wir werden euch begraben» von Jan Sejna.

Ich schicke ihm einen «NZZ»-Artikel mit dem Titel «Frau Thatcher verurteilt die Invasion Grenadas». Ob er bei der NZZ ebenfalls interveniert, weiss ich nicht.

«Professioneller und kompetenter»

Ein Jahr nach meinem Amtsantritt gibt Verwaltungsratspräsident Charles von Graffenried eine «vorläufig positive Bilanz, was die politische Öffnung der «BZ» anbelangt», zu Protokoll: «Die Berichterstattung ist ausgewogen.»

Anfang 1984 teilt das Verwaltungsratspräsidium mit, die «BZ» sei heute «professioneller und kompetenter». Geschäftsleiter Hausammann spricht von einem «relativen Erfolg der «BZ» auf dem Markt», doch habe ein «gewisses Missbehagen auf bürgerlicher und unternehmerischer Seite nicht vollständig abgebaut» werden können.

Um den Verwaltungsrat zu beeinflussen, unterbreitet ihm Geschäftsleiter Hausammann eine pseudowissenschaftliche Zweckuntersuchung über die politische Haltung der «BZ». Er hatte sie bei Professor Louis Bosshart von der Universität Freiburg in Auftrag gegeben. Bosshart durchsuchte die «BZ» nach einseitig linkslastigen Artikeln und kam zum Schluss, dass der «Eindruck einer gewissen Linkslastigkeit in Einzelfällen entstehen kann».

Hätte er nach einseitig rechtslastigen Artikeln gesucht, wäre auch eine «Rechtslastigkeit in Einzelfällen» zu beweisen gewesen. Doch fortan ist für einige rechtsbürgerliche Verwaltungsräte die Linkslastigkeit bewiesen. Eine Diskussion über die tatsächliche redaktionelle Leistung wollen sie nicht führen.

«Kann nicht veröffentlicht werden»



Plakate, die für «BZ»-Reports warben © bz

Mit attraktiven mehrteiligen Reports unter der Leitung meines Stellvertreters Jürg Wildberger gelingt es, die «Berner Zeitung» über den angestammten Leserkreis hinaus ins Gespräch zu bringen. Der Report über die

Sekten im Kanton Bern ist der fulminante Auftakt. Um die vielen Sektenanhänger unter der «BZ»-Leserschaft nicht zu verlieren, beschränken wir uns auf umstrittene Jugendsekten.

Weitere Reports führen zu heftigen Gesprächen innerhalb der Geschäftsleitung, welche die Texte vor Veröffentlichung prüfen will. Opposition meldet Geschäftsleiter Hausammann beim fertiggestellten «Report 2004» an. Zum Jahreswechsel baten wir verschiedene Autoren um ihre Zukunftsvisionen.

Geschäftsleiter Hausammann rät von der Publikation ab und verweigert die üblichen Werbemittel. Der Beitrag von Beat Kappeler enthalte «glatte Einfälle», sei jedoch eine «gut verpackte Gewerkschaftspolitik» (sein Fazit: «Für Promotion ungeeignet»). Der Beitrag des damaligen «Blick»-Chefredaktors Peter Übersax sei «ausgezeichnet», er mache jedoch «gute Werbung für den «Blick»» (sein Fazit: «Kann nicht veröffentlicht werden»). Der Beitrag von Monika Weber vom Konsumentenforum sei ein «Dauerbrenner der Konsumentenschützer» und «prangert Werbung und PR an» (sein Fazit: «Sollte in dieser Form nicht gebracht werden»). Nicht einmal die Zukunftsvision des von Hausammann sonst geschätzten Schriftstellers und Mitglieds des Schweizerischen Ost-Instituts, Erwin Heimann, findet Gnade: Sie enthalte zwar «begründete Hoffnung», sei jedoch «nicht spektakulär» und spreche nur «mittelalterliche und ältere Leute» an (Sein Fazit: «Für Promotion ungeeignet»).

Für einen weiteren Report über das Sexgewerbe in Bern, verfasst von Walter Bretscher, Chefredaktor von «Magma», verlangt die Geschäftsleitung eine längere Bedenkfrist für «Änderungswünsche». Unter «Wunsch» verstand Hausammann Befehl und war frustriert, wenn jemand nur Wunsch verstand.

Weitere Reports über Zucker, das Sterben in Bern oder Strom verstärken die Kontroverse in der Geschäftsleitung: Dem Erfolg bei der Leserschaft stand Unzufriedenheit im konservativen Milieu entgegen.

Im «Strom-Report» vergleichen wir die Geschäftspolitik der staatlichen BKW mit derjenigen der privaten kalifornischen Elektrizitätsgesellschaft PG & E. Das Vergleichskriterium ist dabei ausschliesslich die betriebswirtschaftliche Rentabilität. Kein Wort von Sicherheit, kein Wort von Atommüll. Alle Seiten kommen zu Wort.

Trotzdem ist die Reaktion der BKW heftig. Im Kanton sind sie eine heilige Institution, die keine Kritik gewohnt ist. Mehrere Verwaltungsräte stellen sich auf die Seite der BKW.

Auf enormes Interesse stösst der Landwirtschafts-Report mit dem provokativen Titel «Gift auf der Scholle» von Erwin Müller. Insgesamt 12 Seiten des Autors standen 14 Seiten andere Meinungen und Reaktionen gegenüber. Am Mittagstisch und in Kneipen wird über den Report diskutiert.

*Montag, 10. Dezember, 20.00 Uhr,
im «Saalbau», Kirchberg
(weisse Wegweiser beachten)*

Berner Zeitung BZ



Chemie in der Landwirtschaft

BZ-PODIUM

*Kunstdünger belastet die Umwelt.
Pestizide schädigen das Bodenleben.
Konsumenten klagen über wässrige
Karotten und nitrathaltigen Salat.
Wieviel Chemie ist wirklich nötig?*

*Es diskutieren unter der Leitung von Jürg
Wildberger, Berner Zeitung BZ:*

- Jakob Bärtschi, Landwirt und SVP-Grossrat, Lützelflüh*
- Paul Luder, Landwirt und SVP-Grossrat, Oberösch*
- Dr. Hans Popp, Vizedirektor des Bundesamtes für Landwirtschaft*
- Alois Rölli, Landwirt und Vizepräsident der Vereinigung der kleinen und mittleren Bauern (VKMB)*
- Heinrich Schnyder, Präsident des Bernischen Bauernverbandes, Direktor der Landwirtschaftsschule Schwand und SVP-Nationalrat*
- Dr. Henri Suter, Direktor des Forschungsinstitutes für biologischen Landbau, Oberwil*

Einladung zum BZ-Podium © BZ

An eine Podiumsdiskussion, welche die «BZ» in Kirchberg organisiert, strömen rund tausend Leute, vorwiegend vom Lande.

Der Bernische Bauernverband protestiert, dass «die staatsbürgerliche Verantwortung der Redaktion den wirtschaftlichen Interessen eines Zeitungsverlags weichen muss». Tatsächlich aber liegen die wirtschaftlichen Interessen des Verlags stark auf Seiten der offiziellen Landwirtschaftspolitik: Die «BZ»-Druckereien

drucken den «Schweizer Bauer», die «Schweizerische Gewerbezeitung», das «Zentralblatt» des Milchverbandes und zahlreiche Drucksachen des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften, der Butterzentrale und anderer. Einige dieser Verbände sind sogar an der «BZ-Druckerei Betadruck» beteiligt. Geschäftsleiter Hausammann will den Report absetzen. Ich willige auf einige Textänderungen ein, doch den aufrüttelnden Report lasse ich laufen. Er wird weit über den «BZ»-Leserkreis hinaus zum Gesprächsthema. Jetzt ist die Toleranzschwelle für Geschäftsleiter Hausammann und die meisten Verwaltungsräte offensichtlich überschritten. Sie fühlen sich in ihrem persönlichen politischen Umfeld zunehmend unwohl. Der starke Mann im Berner Regierungsrat, Werner Martignoni (SVP), schreibt mir einen Brief und schickt Kopien davon gleich an mehrere «BZ»-Verwaltungsräte sowie an Berner SVP-Politiker:

«Sehr geehrter Herr Chefredaktor,

Vor etwa Monatsfrist sicherte ich zu, wiederum eine Betrachtung in Hexametern über das abgelaufene Jahr zur Verfügung zu stellen. Ich komme nach reiflicher Überlegung auf meine damalige Entscheidung zurück und verzichte auf diesen Beitrag.

Begründung: Zu meinem Bedauern kann ich mich mit der Grundhaltung Ihrer Zeitung nicht mehr einverstanden erklären. Ein Beitrag könnte als persönliches Einverständnis ausgelegt werden. Zum Beispiel halte ich es (wie auch die angelsächsische Presse) für ausgesprochen unfair, über eine laufende Untersuchung (Hafner-Handel) Recherchier-Berichte zu publizieren ... Die Gesamttendenz der «BZ» geht in die Richtung von Poch und Krach.»

Martignoni ist im Kanton Bern der einflussreichste Politiker. Meine Antwort geht deshalb an die gleichen Adressaten: die «BZ»-Verwaltungsräte und SVP-Politiker. Geschäftsleiter Hausammann will dies mit allen Mitteln verhindern. Martignoni dürfe man nicht auf diese Art begegnen. Wir sollten das persönliche Gespräch suchen. Trotzdem schicke ich allen folgenden Brief:



© Weltwoche

«Sehr geehrter Herr Regierungsrat,

Noch vor einem Monat hatten Sie aus eigenem Antrieb offeriert, für unsere Jahresendbeilage wiederum Hexameter zu dichten. Seither hat sich die Haltung der «BZ» nicht grundsätzlich verändert.» Etwas boshaft fuhr ich fort:

«Wir verstehen, dass Sie ... von Zeitungsartikeln über die Finanzaffäre persönlich betroffen sind.» Er scheine von den Informationsmedien zu verlangen, bis zum Ende der parlamentarischen Untersuchung der Finanzaffäre nur noch offizielle Verlautbarungen zu veröffentlichen. «Das würde für die Medien bedeuten, in dieser Sache während eines Jahres auf jede Eigeninitiative zu verzichten.»

Weder die angelsächsische noch die deutsche oder französische Presse würde mit ihren Recherchen warten, bis eine parlamentarische Untersuchungskommission ihre Arbeit abgeschlossen hat. Der Regierung stünde es frei, jederzeit Stellung zu nehmen. Und vor allem: «Dass Affären wie Tiefenau(-Spital) oder Hafner-Dokumente Gruppierungen wie DA und Poch entgegenkommen, kann nicht den Informationsmedien angelastet werden.»

In einem Land mit freier Information müsse die umfassende Berichterstattung und die wahrheitssuchende Recherche Vorrang vor parteikritischen Überlegungen haben. «Längerfristig dient eine offene und kritische Presse dem guten Funktionieren unserer demokratischen Institutionen bedeutend mehr als kurzfristige Rücksichtsnahmen.»

Weiter gebe ich Martignoni zu bedenken, dass seine Behauptung bezüglich der Grundhaltung der «BZ» von den fast 300'000 Leserinnen und Lesern im Kanton nicht geteilt werde. Repräsentative Meinungsumfragen der Scope zeigten, dass die Mehrheit der Leserschaft die politische Haltung der «BZ» rechts von ihrer persönlichen Haltung ansiedelt. Diese Mehrheit der Leserschaft wähle vorwiegend SVP, FDP und SP.

Das Inseratengeschäft läuft glänzend

Erstmals hat die «BZ» im Jahr 1984 das Inseratenvolumen der Konkurrenzzeitung «Der Bund» erreicht. In den meisten Inseratensparten nahm die «BZ» dem «Bund» langsam, aber stetig Marktanteile weg. Das ist wesentlich das Verdienst des neuen Zürcher Inseratenchefs Albert Stäheli, eines dynamischen Joggertyps. Die Redaktion beansprucht für sich, den Beachtungsgrad und die Glaubwürdigkeit der «BZ» erhöht zu haben.

Trotzdem erachten Geschäftsleiter Hausamman und der Verwaltungsrat die Gelegenheit für günstig, dem Druck des «politischen Umfelds» nachzugeben. Sie verfallen in den alten Glauben, dass das Geschäft auch gut laufen kann, ohne die Zeitung politisch zu öffnen und ohne ihre gesellschaftlichen und politischen Freunde zu verärgern.

Sie entlassen mich.

Als Vorwand dient die Entwicklung der Abonnemente. Es gelinge wohl nicht, die Zahl der Abonnenten in den kommenden drei Jahren bis 1987 wie geplant um 17'000 zu erhöhen. Den Grund dafür kann Marketingchef Peter Ineichen nicht gut bei sich selber suchen. Er stimmt deshalb in den Chor derer ein, die dem «grün-linken» Chefredaktor die Schuld geben. Trotz erheblichem Aufwand gelingt es ihm jedoch nicht nachzuweisen, dass der politische Kurs der Zeitung zu Abbestellungen führte oder Neuabonnenten abschreckte. Immerhin: Während meiner Zeit als Chefredaktor von 1982 bis 1984 gewann die «BZ» in der hartumkämpften Stadtagglomeration 3000 Abonnentinnen und Abonnenten hinzu. Auf dem Land verlor sie 800. Die Kioskverkäufe stiegen in der gleichen Zeit um 16 Prozent.

Als ich am 28. Februar 1985 die Chefredaktion und Geschäftsleitung der «Berner Zeitung» «im gegenseitigen Einvernehmen» verlasse, ahne ich noch nicht, dass die Finanz- und Parteispendenaffäre, eine grün-rote Regierungsmehrheit und der Grossratsentscheid gegen das KKW Graben für einen neuen Wind sorgen würden. Dieser zieht an der Geschäftsleitung und einzelnen Verwaltungsräten der «Berner Zeitung» nicht unbenutzt vorbei.

«Die Berner reagieren langsam», pflegte mich Verwaltungsratspräsident Charles von Graffenried zu lehren, «aber wenn sie einmal reagieren, dann gründlich».

Ein Jahr nach meiner Entlassung muss auch Peter Ineichen gehen.

Ebenfalls ein Jahr nach mir muss Werner Martignoni als Folge der Berner Finanzaffäre als Regierungsrat zurücktreten.

Niemand, wirklich niemand konnte sich damals vorstellen, dass die «Berner Zeitung» und «Der Bund» eines Tages fusionieren und zu Kopfblättern des «Tages-Anzeigers» werden.

Strategie oder reine Show? Zweifel an Trumps Friedensversprechen für die Ukraine



Daniel Torok via Wikimedia, Moon of Alabama, Februar 27, 2025

Hat Trump wirklich einen Plan für die Ukraine?

Der seltsame Aspekt an Präsident Trumps Plänen für die Ukraine ist, dass niemand wirklich weiss, was sie eigentlich sind. In den vergangenen Tagen habe ich versucht zu verstehen, was er erreichen will. Doch es gelingt mir nicht, eine schlüssige Theorie zu entwickeln. Sein Verhalten ist widersprüchlich. Es gibt keine hilfreichen Hinweise aus dem Weissen Haus oder durchgesickerte Informationen an die Presse. Stattdessen herrscht hektische Aktivität gelegentlich, begleitet von pompösen Ankündigungen. Aber was ist der übergeordnete Plan?

Professor Mearsheimer sagt ebenfalls (im Video), dass Trumps Verhalten keinen Sinn ergibt. Die Erpressung der Ukraine zu einem Rohstoff-Extraktionsabkommen ist keine realistische Strategie. Es ist nicht einmal merkantilistisch. Es gibt dort nichts zu verkaufen, und jedes Abkommen würde von Gerichten unter dem Druck der Oligarchen zunichtegemacht. Das ergibt einfach keinen Sinn.

Wo also ist der Beweis, dass Trump überhaupt einen Plan hat? Wo ist der Nachweis, dass er wirklich mit Russland verhandelt? Was unternimmt er konkret, um den Krieg zu beenden, wie er es behauptet hat?

Yves Smith, der konträre Meinungen von Brian Berletic und John Helmer zitiert, fragt sich ebenfalls, was Trump eigentlich bezweckt:

Da die Trump-Administration keine klare Vorstellung davon hat, wie das Endspiel in der Ukraine aussehen soll – abgesehen davon, dass Trump behaupten kann, er habe den Krieg beendet und sei daher ein grossartiger Dealmaker –, läuft sie ernsthaft Gefahr, genau das Verhalten an den Tag zu legen, vor dem Sun Tzu gewarnt hat: «Alle Taktik und keine Strategie ist das Geräusch vor der Niederlage.»

Konkret werden wir darüber sprechen, wie merkwürdig wenig beachtete Einschätzungen von Brian Berletic und John Helmer zeigen, dass die in den unabhängigen Medien verbreitete Vorstellung, Trump stehe für einen radikalen aussenpolitischen Bruch mit der Vergangenheit, übertrieben ist. Seine Unterschiede in den Methoden werden fälschlicherweise mit Unterschieden in den Zielen verwechselt.

Zunächst werden wir jedoch darauf eingehen, dass eine neue Obsession der Administration – nämlich der Versuch, ein Abkommen über Mineralien und andere wirtschaftliche Rechte von der Ukraine zu erzwingen – dem eigentlichen Ziel eines Abkommens mit Russland zuwiderläuft.

Dieses Ukraine-Mineralienabkommen könnte ein Beispiel dafür sein, dass Trumps übliche Methoden ihm diesmal zum Verhängnis werden. Der Versuch, seinen Verhandlungsspielraum durch das Vorschlagen extremer Ideen zu maximieren, funktioniert möglicherweise nicht, wenn er reflexartig angewandt wird – so wie es bei Trump 2.0 zu sein scheint – anstatt gezielt.

Trump selbst droht regelmässig mit radikalen Massnahmen, wie der ethnischen Säuberung in Gaza, und schüchtert Staatschefs ein, um seinen Willen durchzusetzen. Nicht nur, dass Trump sein Riviera-Projekt dort nicht umsetzen kann – seine Einschüchterungsversuche lassen ihn auch wie ein trotziges Arschloch wirken. Warum sollte irgendjemand eine Beziehung mit einem Partner eingehen wollen, der nicht nur Freude an krassen Dominanzausbrüchen hat, sondern sogar Staatsoberhäupter demütigt (wie König Abdullah von Jordanien) und dem es gleichgültig ist, eine ganze Region zu destabilisieren? Solche Handlungen sind destruktiv für den Aufbau von Vertrauen und den Umgang mit anderen als gleichwertige Partner.

Oder vielleicht glauben Trump und seine Agenten immer noch, dass Russland Schwierigkeiten hat, seine Kriegsanstrengungen aufrechtzuerhalten, und dass die Stärkung der Glaubwürdigkeit und des Engagements der USA Russland zu Zugeständnissen bewegen wird.

Keiner der beiden möglichen Ansätze Trumps – die Nutzung eines Rohstoffabkommens, um die USA in der Ukraine zu halten und den Krieg fortzusetzen, oder die Nutzung dieses Abkommens, um endgültig mit der Ukraine zu brechen – entspricht einer realistischen Einschätzung der Lage vor Ort. Zumindest nicht, wenn das erklärte Ziel Frieden sein soll.

Vielleicht ordnet Trump nur die Stühle neu, bevor er sein altes imperiales Programm fortsetzt:

Brian Berletic argumentiert, dass viele unabhängige Kommentatoren auf den MAGA-/America-First-Hype hereingefallen sind, obwohl Trump in Wahrheit für strategische Kontinuität der USA steht – insbesondere in Bezug auf die Aufrechterhaltung der Vorherrschaft gegenüber China. Berletic stellt insbesondere fest, dass die Bestätigungsanhörungen für Trumps Verteidigungs- und Geheimdienstmitarbeiter deutlich machen, dass die USA den Regimewechsel-Apparat USAID nicht abschaffen werden. Vielmehr wird dieser lediglich von DEI und anderen von MAGA abgelehnten Elementen befreit.

Es versteht sich von selbst, dass diese Einschätzung im klaren Widerspruch zur herkömmlichen, selbstgefälligen Vorstellung steht, dass Trump die USA aus dem Regimewechselgeschäft herausgeholt hätte. Warum, bitte schön, sollte das im strategischen Interesse der USA sein? Schliesslich würde das Abschaffen dieses Apparats keine nennenswerten Vorteile oder Zugeständnisse bringen.

Yves Smiths Meinung zur Analyse von John Helmer:

Helmer stützt sich auf seine eigenen Erfahrungen in der Carter-Administration sowie auf russische Quellen, die bestätigen, was aus den Äusserungen verschiedener Teilnehmer [an den Gesprächen in Riad] zu entnehmen war – nämlich, dass das Treffen aus russischer Sicht eine Katastrophe war.

Selbst wenn man die Berichte im Nachhinein nicht zur Hand hat, war die Art und Weise, wie die USA vorgegangen sind, völlig absurd. Die US-Seite verlangte eine sofortige Sitzung auf hoher Ebene, obwohl solche Treffen normalerweise erst stattfinden, wenn eine angemessene Vorarbeit geleistet wurde. Hinzu kam, dass Trumps aussenpolitisches Team gerade erst ernannt worden war. Da das Aussenministerium unter der Trump-Administration de facto entkernt wurde, konnten Rubio und seine Kollegen nicht einmal auf institutionelles Fachwissen von Karrierediplomaten zurückgreifen, die bereits vor Biden im Amt waren.

Helmer wiederholte einige seiner Einschätzungen und fügte neue Beobachtungen hinzu, in einem Gespräch mit Nima von Dialogue Works.

Von ganz oben:

Helmer: «Die russische Wahrnehmung ist, dass die amerikanische Seite ein Kascha ist – ein Brei, ein Chaos. Aber natürlich kann man das nicht offen aussprechen ... Die Frage ist: Was soll die russische Seite als Nächstes tun?»

Dieses Problem ist ernst. Die USA haben ein hochrangiges Treffen einberufen, ohne eine klare Vorstellung davon zu haben, was sie dann tun sollten – ohne Tagesordnung, ohne klare Fragen, ohne konkrete Vorschläge. Es schien lediglich darum zu gehen, den Eindruck von Dynamik zu erwecken und so zu tun, als ob

Trump ernsthafte Fortschritte bei der Beendigung des Krieges machen würde. Helmer verweist auf die fast verzweifelte Haltung der US-Seite, wenn er sagt, dass das blosses Zustandekommen dieses Treffens als Beweis herhalten sollte, dass Trump der einzige Mann sei, der den Krieg beenden könne – anstatt dass es um tatsächliche Inhalte gegangen wäre.

Fazit:

Die Schlussfolgerung für mich ist, dass Trump überhaupt keinen Plan hat, um Frieden in der Ukraine zu schaffen. Der Konflikt wird – in der Konsequenz – auf dem Schlachtfeld entschieden werden müssen.

Quelle: Does Trump Really Have a Plan for Ukraine?

Quelle: <https://uncutnews.ch/strategie-oder-reine-show-zweifel-an-trumps-friedensversprechen-fuer-die-ukraine/>

Die WHO: Eine reale Bedrohung für die Souveränität der Schweiz

Die Selbstbestimmung der Schweiz ist sehr viel konkreter und unmittelbarer durch die WHO bedroht als durch die EU. Deshalb sollten die grossen EU-Gegner sich endlich auch das WHO-Problem vorknöpfen und die Bürgerrechtsbewegung hier nicht länger im Stich lassen. Das sagte Rechtsanwalt Philipp Kruse in einem Kontrafunk-Interview und begründet seine Forderung ausführlich.

Veröffentlicht am 27. Februar 2025 von DF.

Die Anpassungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sind in der Öffentlichkeit kaum ein Thema. Dabei liegen sie auf dem Tisch und werden bereits am 19. September 2025 rechtskräftig, wenn sie die Schweiz nicht bis zum 17. Juli zurückweist.

Hinter den Kulissen lobbiierte Bundesamt für Gesundheit (BAG)-Direktorin Anne Lévy bei den Parlamentariern und überzeugte diese vorläufig von der Notwendigkeit der Anpassungen und warnte vor einem möglichen Reputationsverlust für die Schweiz, sollte das Land die Änderungen ablehnen.

Kritiker argumentieren jedoch, dass die IGV-Änderungen zu einer Einschränkung der bürgerlichen Freiheitsrechte, wie der Meinungs- und Pressefreiheit, führen könnten, da die WHO künftig auch gegen abweichende Informationen vorgehen kann. Darüber hinaus würde die Schweiz verpflichtet, finanzielle Mittel für die Gesundheitsversorgung in Entwicklungsländern bereitzustellen.

Sind die Änderungen an den IGV derart harmlos, wie Lévy sagt? In einem Gespräch auf Kontrafunk erläuterte Rechtsanwalt Philipp Kruse gegenüber Schweizerzeit-Redakteur Ulrich Schlüer, warum die WHO durch die IGV-Anpassungen für die Schweiz eine reale Gefahr darstellt.

Die 1948 gegründete, in Genf angesiedelte UNO-Unterorganisation WHO habe den Auftrag, allen Völkern bei Erreichung des bestmöglichen Gesundheitszustandes zu helfen, erklärte Kruse. Es handle sich nicht um eine supranationale Organisation. Sie könne deshalb theoretisch nicht von oben herab Dinge mit direktem Durchgriff anordnen. Hat also Lévy recht?

Da sie keine Exekutivgewalt hat, habe die WHO immer wieder Empfehlungen an die Mitgliedstaaten abgegeben. Covid sei aufgrund der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) gemanagt worden, die seit 2007 gelten. Das seien einerseits administrative Vorschriften, andererseits ein völkerrechtlicher Vertrag, macht Kruse deutlich.

Die IGV gäben dem WHO-Generaldirektor die Kompetenz, eine Pandemie auszurufen. Der technische Begriff dazu laute «Internationaler Gesundheitsnotstand von internationaler Tragweite». Der Generaldirektor habe in dieser Sache die alleinige Kompetenz. Es gäbe dabei kein Kontrollgremium. Die Kontrolle würde ausschliesslich durch die Weltgesundheitsversammlung, also die Mitgliedsstaaten, ausgeübt.

Es gäbe auch keine Aufsichtsinstanz, die die Handlungen des Generaldirektors auf ihre Wirksamkeit oder Legalität überprüfen könne, zum Beispiel ob das Aufrufen einer «Pandemie» noch gerechtfertigt sei. Verantwortlichkeiten würden ebenfalls fehlen. Die WHO und ihre Organe genössen volle Immunität.

In der Coronazeit hätten diese Richtlinien nie eine Rechtsverbindlichkeit gehabt, so Kruse weiter. Sie seien aber befolgt worden, weil die Staaten die pandemierelevanten Informationen, die sie von der WHO kriegten, sei es aus Panik, sei es aus Inkompetenz, auf der Suche nach einer raschen Lösung für bare Münze genommen hätten.

In seiner Politik und Kommunikation habe sich der Bundesrat, die Schweizer Landesregierung, immer wieder auf die WHO berufen. Aber auch in den Entscheiden der Gerichte sähe man gemäss dem Juristen den Einfluss der WHO. Da diese – so die Argumentation – von einer Pandemie ausgehe, müsse man den Behörden einen erweiterten Ermessensspielraum zubilligen und ein Gericht dürfe erst intervenieren, wenn es sieht, dass Verwaltungsbehörden gegen Empfehlungen der WHO verstossen hätten.

Wir sähen also einen freiwilligen Kompetenzverzicht sämtlicher Staatsorgane – auch in der Schweiz. Durch die Anpassung der IGV solle eine formelle Verdeutlichung erfolgen, dahin, dass sämtliche Informationen der WHO für alle Staaten massgeblich seien. Diese würden in Zukunft die Informationen der WHO ihren Entscheidungen zugrunde legen müssen und diese in ihren Staaten durchsetzen.

Schluer sprach dann die Aufarbeitung an: «Was haben wir falsch gemacht? Wo können wir lernen? Weder in den deutschsprachigen Ländern noch bei der WHO ist das ein Thema. Warum?»

Das seien die Nachwirkungen einer militärisch organisierten Pandemiebekämpfung durch die WHO, antwortete Kruse. Sie habe in ihrer Alleinkompetenz die Gefahrenlage vorgegeben. Am Dogma, wonach Covid der gefährlichste Erreger seit der spanischen Grippe sei, würde somit nicht gerüttelt – und die WHO habe dann die Lösungen vorgegeben – von den Massnahmen bis zur Impfung. Die Staaten würden sich offensichtlich noch heute daran gebunden fühlen, wie man es auch in aktuellen Gerichtsurteilen bis heute lesen würde.

Auch wenn es keine Durchsetzungsmechanismen gäbe, würden die Länder das, was von der WHO komme, als verbindlich betrachten, sagte Kruse. Das sei der Grund für den Widerstand aus Regierungskreisen gegen eine Aufarbeitung. Zum Glück gäbe es immer wieder Politiker, die eine solche Aufarbeitung fordern, ergänzte Kruse.

Man müsse die Zweifel offen diskutieren, forderte er. Wir seien immer noch in der Lage, unsere Meinung in der Schweiz frei zu äussern. Die Diskussion erfolge aber mit angezogener Handbremse, ergänzte Kruse. Der grösste Vorwurf, den man machen müsse, bestehe darin, dass der Staat die Informationen der WHO permanent und ungeprüft an die Bevölkerung weitergegeben habe und einen Diskurs in den Medien und in der Wissenschaft unterbunden habe. So manipulierte man die öffentliche Meinung. Eine Entwicklung könne so nicht stattfinden. Deshalb sei das Thema immer noch unter einer Käseglocke.

«Warum hat man sich das alles gefallen lassen? Kann man die Leute einfach manipulieren, wenn man ihnen genügend Angst macht?» fragte Schluer.

Wir wüssten aus der Massenpsychologie, dass man mit Angst Menschen lenken könne, erwiderte Kruse. Das sei falsch, bilanzierte er. Die Bevölkerung müsse sich auf der Basis von korrekten Informationen eine eigene Meinung bilden können. Hier habe die Schweizer Regierung zwar nicht auf breiter Front mitgewirkt, aber trotzdem habe sie das allgemeine Dogma der maximalen Bedrohung durch Covid mitgetragen.

Ziel einer Aufarbeitung wäre die Antwort auf die Frage, ob die Risikobeurteilung und -kommunikation der WHO korrekt gewesen sei. Damit habe alles begonnen, von diesem Punkt an sei alles gesteuert worden, bilanzierte Kruse.

Dann müssten wir, ergänzte er, auch darüber sprechen, was die WHO plane. Sie sei noch immer keine supranationale Organisation. Sie sei das Abbild der Einflussnahme ihrer Mitgliedstaaten. Am stärksten sei der Einfluss der USA und von Kreisen aus den USA, die sich primär auf Impfungen fokussierten. Kruse kam nicht auf die Austrittserklärung der USA zu sprechen, aber im Kontext war zu verstehen, dass der US-Einfluss nicht so schnell verschwinden dürfte.

Wenn man nach der Strategie frage, müsse man sehen, wer die WHO finanziere. In erster Linie zu nennen seien hier die Bill & Melinda Gates Foundation und die Impfallianz GAVI, die sich ebenfalls im Dunstkreis von Bill Gates befinde. Diese beiden Organisationen würden den grössten Beitrag an die WHO zur Verfügung stellen. Deutlich über 80% des Budgets würden durch private Organisationen bestritten, nicht von den Mitgliedsländern. Und da seien Organisationen dabei, die der Pharmaindustrie sehr nahe stünden. Bill Gates sei eine Schlüsselfigur.

Wenn man Gates Kommunikation und die der WHO betrachte, dann würde man sagen, die Strategie sei es, möglichst vielen Menschen möglichst viele Impfungen zu verabreichen. Impfen als einzige Antwort auf die gesundheitlichen Probleme der Menschen: Das sei das Hauptsteckenpferd der WHO. «Warum wird das nicht öffentlich diskutiert?», fragte Kruse.

«Werden da Möglichkeiten eröffnet oder ist das Zwang? Ist das eine positive Geste eines reichen Mannes oder Strategie», fragte Schluer.

Bill Gates habe 2019 – immer gemäss Kruse – am World Economic Forum (WEF) erklärt: Investitionen in Impfstoffe seien für ihn die bestmögliche Investition. Da gehe es nicht um Philanthropie, ergänzte der Jurist. Der Impfwang begäbe nicht mit dem Gesetz. Die unfreiwillige Impfung begäbe dort, wo wir ohne ausreichende Information unter Druck zu etwas gebracht würden, was wir in voller Kenntnis der wahren Tatsachen nie tun würden. In dieser Dunkelgrauzone hätten wir uns bewegt. Den Menschen sei kein reiner Wein eingeschenkt worden, sie seien getäuscht worden, bilanzierte Kruse.

Zwingendes Völkerrecht gebe vor, dass niemandem ohne vollumfängliche Information etwas verabreicht werde, was Experimentalcharakter hat. Dies sei gebrochen worden. Es sei mit psychologischen Tricks und Falschinformationen Marketing gemacht worden. Kruse ging in diesem Zusammenhang auf die Zertifikatspflicht ein, wo Menschen stark unter Druck gesetzt und Ungeimpfte aus der Öffentlichkeit ausgeschlossen wurden. Zudem seien diese Leute Zielscheibe dezidierter Kritik bis hin zu Verleumdung in den Medien geworden.

«Wie sind die Zukunftsperspektiven?» fragte Schluer.

Das hänge davon ab, ob wir verstanden hätten, was passiert sei und ob wir ausreichenden Druck aufbauen könnten und sagen würden: «Wir möchten nicht, dass das je wieder passiert. Und wir möchten nicht, dass das in Form der angepassten IGV legalisiert wird», antwortete Kruse.

Zusammengefasst sagt Kruse in etwa folgendes: Wenn die angepassten IGV nicht bis zum 19. Juli zurückgewiesen werden, dann erwächst ihnen im September Rechtskraft. Dann erhält der Generaldirektor erweiterte Kompetenz zur Ausrufung einer Pandemie und was er bestimmt, muss den Handlungen der Regierungen oder den Urteilen der Gerichte zugrunde gelegt werden. Ein Gericht darf dann nicht überprüfen, ob die Beurteilung der WHO korrekt ist – auch wenn diese kein direktes Weisungsrecht hat. Formell ist also das, was Anne Lévy sagt, korrekt. Aber es in höchstem Masse irreführend.

Kruse meint dazu, dass wir somit einen Teil unserer Souveränität aufgeben würden, denn der Bundesrat, die Schweizer Landesregierung, könne immer nur das nachvollziehen, was die WHO vorgeben würde – auch wenn es nicht rechtsverbindlich sei. Dies sei der Taschenspielertrick, mit dem die WHO und der Bundesrat operierten. Es dürfe keine Widersprüche geben in der Politik, in den Medien und in den sozialen Medien.

«Geht das in Richtung Diktatur?» hakte Schlüer nach. Eine eigentliche Diktatur sei das nicht, antwortete Kruse. Es würde nicht einmal eigentliche Weisungsbefugnisse der WHO geben. Aber der springende Punkt liege in der Informationshoheit. Wenn die WHO vom Bedrohungsbild bis zu den Lösungen alles vorgeben könne, und die Regierungen sich verpflichtet hätten, diese Informationen ihrem Handeln zugrunde zu legen, dann habe de facto der Generaldirektor die Macht, alle Staaten in eine bestimmte Richtung zu lenken.

«Was ist zu tun in der direkten Demokratie?» fragte Schlüer. Die Bürger müssten erstens deutlich machen, dass die Erwartungshaltung darin bestehe, die IGV bis zum 17. Juli 2025 zurückzuweisen, so Kruse.

Zweitens müsse Druck in Richtung einer Aufarbeitung gemacht werden. Das habe viel mit Souveränität und Selbstbestimmung zu tun. Wenn wir das nicht täten, würden wir einen sehr wesentlichen Teil unserer Souveränität und Selbstbestimmung abgeben.

Zum Schluss erklärte Kruse, wie das gehen könnte: Wir würden in den Medien viel hören über die neuen bilateralen Verträge, die die Schweiz mit der EU ausgehandelt hat. Hier sei die Gegnerschaft schon heute relativ stark, zum Beispiel in Form der Schweizerischen Volkspartei (SVP), der Kompassinitiative und der Organisation Pro Schweiz. Dieser Widerstand sei schon sehr stark, bevor diese Verträge überhaupt im Wortlaut vorlägen, geschweige denn, dass es schon konkrete Termine für parlamentarische Debatten oder für ein Referendum gäbe. Kruse:

«Aber für die IGV haben wir einen konkreten Termin», machte Kruse deutlich. «Es sind wenige Monate. Mir ist es ein Rätsel und ich habe kein Verständnis dafür, dass diese (...) Akteure, die das nötige Kleingeld haben, sich auf der politischen Bühne Gehör zu verschaffen, (...) genau dasselbe Themenfeld, die Bedrohung der Souveränität und Selbstbestimmung der Schweiz durch die WHO vollständig ignorieren und bei diesem Thema überhaupt nicht mithelfen.

Ich finde es persönlich unfair, dass wir, (...) die Freiheitsbewegung, zum Beispiel das Aktionsbündnis Freie Schweiz (ABF), uns mit unseren Veranstaltungen – alles pro bono – die Hacken ablaufen müssen (...) und dass wir absolut keine Unterstützung erfahren. Ich kann nur warnen: Wenn der Bundesrat diese Anpassungen nicht zurückweist, (...) wird es sehr viel schwieriger werden, sich der Dominanz der WHO zu widersetzen und aus diesem Machtspiel wieder rauszukommen.

Das möchte ich ganz deutlich an die Adresse der SVP, von Pro Schweiz und an die Adresse der Kompassinitiative gerichtet wissen: Wir brauchen Unterstützung. Sonst werden wir das nicht schaffen.»

Quelle: Weltwoche: Souffleurin der Macht: Wie BAG-Chefin Anne Lévy für die Interessen der WHO im Schweizer Parlament lobbyiert – und Politiker alt aussehen lässt - 22. Februar 2025

Kontrafunk: Die Schweiz auf dem Weg in die WHO-Diktatur-24. Februar 2025

Quelle: <https://transition-news.org/die-who-eine-reale-bedrohung-fur-die-souveranitat>

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.
1.3.2025



Laut der argentinischen Staatsanwaltschaft ist Leihmutterchaft ein Geschäftsmodell, das verarmte Frauen ausbeutet und Kinder kommerzialisiert. © Av

Seltener Einblick in das Geschäftsmodell Leihmutterschaft

Menschenhändler und Kliniken machen fette Gewinne auf dem Buckel verarmter Frauen. Dies zeigt ein aktueller Fall.

Barbara Marti

Argentinien hinderte letzten Herbst zwei Italiener mit einem Baby an der Ausreise. Eine Frau hatte das Kind gegen Bezahlung von 5500 Euro ausgetragen. Die Italiener hatten das Baby in Argentinien gekauft, weil Leihmutterschaft in Italien verboten ist. In Argentinien ist sie nicht geregelt. Grund für das Ausreiseverbot waren laut den argentinischen Behörden Ermittlungen gegen einen international tätigen Leihmutterchaftsring, der Frauen in prekären Situationen ausnutzt, berichtete der «Guardian». Diese Ermittlungen ermöglichen einen seltenen Einblick in das Milliardengeschäft mit der Leihmutterschaft.

«Versklavung von Frauen»

Razzien in argentinischen Kliniken, Notariaten und Anwaltskanzleien offenbarten, wie die Fortpflanzungsindustrie fette Gewinne auf dem Buckel verarmter Frauen macht. Laut der Staatsanwaltschaft hat ein Leihmutterchaftsring die Frauen ausgebeutet und Kinder kommerzialisiert. Menschenhändler hätten «schutzbedürftige Frauen in wirtschaftlich schlechten Verhältnissen» über soziale Medien angeworben. Den Frauen wurden 10'000 US-Dollar versprochen, mit einem Bonus von 1000 bis 2000 US-Dollar, wenn sie per Kaiserschnitt entbinden.

Kaufeltern mussten rund 50'000 US-Dollar zahlen. Im Falle eines Abbruchs der Schwangerschaft, beispielsweise durch eine Fehlgeburt, gingen die Leihmütter praktisch leer aus. Die finanzielle und gesundheitliche Ausbeutung der Frauen sei mit einer «Versklavung» vergleichbar, so die argentinische Staatsanwaltschaft. Argentinien ist zurzeit in einer der schwersten Wirtschaftskrisen seit Jahrzehnten. Die Mehrheit der Bevölkerung lebt in Armut.

Geschäftsmodell Leihmutterschaft

Die argentinischen Behörden ermittelten monatelang in fast 50 Fällen. Es gehe nicht um Einzelfälle, sagte Staatsanwältin María Alejandra Mángano: «Wir konnten aufdecken, dass es sich um ein Geschäftsmodell auf nationaler und internationaler Ebene handelt.»

Einblicke in das Milliardengeschäft mit der Leihmutterschaft sind selten. Zuletzt zeigte die Razzia in einer «Kinderwunschklinik» in **Griechenland**, wie Menschenhändler junge Osteuropäerinnen mit falschen Versprechen nach Kreta lockten. In Unkenntnis der erheblichen gesundheitlichen Risiken mussten sie Babys für Kaufeltern austragen und Eizellen «spenden». Für die Kaufeltern kostete ein Baby laut der griechischen Polizei 70'000 bis 100'000 Euro. Den Reingewinn für die Klinik bezifferte sie auf etwa 70 Prozent. Das sind 49'000 bis 70'000 Euro pro Baby.

Ausbeutung von Frauen ist kein Thema

Es ist eine Ironie des Schicksals, dass vom Ausreiseverbot in Argentinien zwei Italiener betroffen waren. Kurz zuvor hatte das Parlament in **Italien** beschlossen, dass Italiener nicht mehr im Ausland ein Baby kaufen dürfen. Grund für dieses Verbot ist allerdings nicht der Schutz von Frauen, sondern der Schutz eines «traditionellen Familienbildes». Entsprechend lauteten die Schlagzeilen, dass man Homosexuelle daran hindere, eine Familie zu gründen. Dass ein solches Verbot Frauen vor finanzieller und körperlicher Ausbeutung schützen kann, war kein Thema.

Lobby für Leihmutterschaft

Leihmutterschaft ist in den deutschsprachigen Ländern verboten. Seit Jahren versucht deshalb die Fortpflanzungsindustrie, dieses lukrative Geschäft akzeptabel zu machen. Mit zunehmendem Erfolg: Immer mehr Länder, die Leihmutterschaft verbieten, anerkennen im Ausland geborene Kinder von Leihmüttern und höhlen damit das heimische Verbot aus. Die Medien spielen das Spiel der Lobby mit und porträtieren regelmässig glückliche Paare und Prominente, die dank einer Leihmutter im Ausland ihren Kinderwunsch erfüllen konnten. Kritische Fragen zu den gesundheitlichen Risiken für die Frauen werden nicht gestellt. Und wenn Behörden wie Argentinien und Griechenland die finanzielle und gesundheitliche Ausbeutung von Frauen aufdecken, sorgt dies meist nicht für Schlagzeilen. Viel öfter verbreitet die Berichterstattung die Forderung vom Recht auf ein Kind.

CDU-Kriegsgewinner Friedrich Merz macht mobil

Autor: Uli Gellermann, Datum: 26.02.2025

Die CDU postet ihr Credo auf Facebook: «Die Ukraine muss den Krieg gewinnen.» Das ist ein Glaubensbekenntnis, denn dem «Muss» der Merz-CDU stehen die russischen Truppen im Weg. Und dass die sich von Friedrich Merz beeindrucken lassen, ist unwahrscheinlich.

BlackRock Asset Management Deutschland

Hinter dem möglichen nächsten Kanzler Deutschlands steht eine beeindruckende ökonomische Macht. Zwar hat er sein Mandat als Aufsichtsratsvorsitzender von BlackRock Asset Management Deutschland, dem deutschen Ableger des weltgrößten Vermögensverwalters BlackRock, taktisch niedergelegt; aber keiner glaubt, dass damit die Fäden zwischen dem Profitgeier BlackRock und Merz gekappt sind.

Freund des israelischen Genozid-Chefs

Auch und gern ist Merz ein Freund des israelischen Genozid-Chefs, dem er in einem Telefonat versicherte, dass der trotz eines internationalen Haftbefehls bei einem Besuch in Deutschland nicht festgenommen würde. Merz ist ein asozialer Gegner des Bürgergelds und plädiert für eine «Existenzsicherung» mit einem Betrag von 132 bis 278 Euro. Dass der Millionär Merz auch für eine europäische Armee eintritt, ist selbstverständlich: Daran ist was zu verdienen, und wo Geld verdient wird, ist Merz zuhause.

Reserve für den Kriegseinsatz

Manchmal rutschen dem Merz Wahrheiten raus: «Wir erleben mittlerweile einen Sozialtourismus dieser (ukrainischen) Flüchtlinge: nach Deutschland, zurück in die Ukraine, nach Deutschland, zurück in die Ukraine.» Wer den Ukrainekrieg gewinnen will, der kann eigentlich nicht gegen diese Form von Sozialtourismus sein. Schliesslich betrachtet die Ukraine diese Flüchtlinge als letzte Reserve für den Kriegseinsatz und die sollten während ihrer zeitweiligen Auszeit gut alimentiert sein.

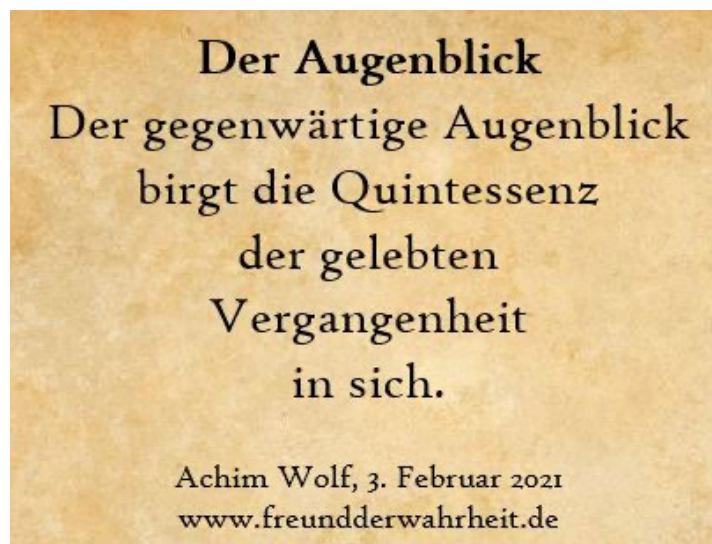
Sieg in der Ukraine

Merz wird Kanzler einer Koalition sein. Ob es eine mit der SPD oder eine mit den GRÜNEN sein wird, ist egal: Beide Parteien setzen wie März auf einen Sieg in der Ukraine. Auch das bisschen Sozialgedöns, auf das die SPD mit einem Kanzler Merz verzichten müsste, ist angesichts der Aussicht auf ein Irgendwie-Mitregieren nicht wichtig.

Die Ukraine wird den Krieg nicht gewinnen.

Die Ukraine wird den Krieg nicht gewinnen. Daran wird auch ein Kanzler Merz nichts ändern. Auch die von ihm gewünschte europäische Armee hat schon verloren, bevor sie aufgestellt ist, wenn ihr Auftrag der Kampf gegen Russland sein sollte. Die Russen sollten Merz und seine Freunde mal zu einer Besichtigung der russischen Truppen einladen. Deren Kommandeure und Soldaten sind Kinder jener russischen Geschichte, die den Deutschen bei Stalingrad und anderswo gezeigt hat, was sie erwartet, wenn sie glauben, sie könnten gegen Russland gewinnen.

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/cdu-kriegsgewinner>



Jeder Tag ein Geschenk

Jeder neue Tag ist ein Geschenk und zugleich eine Gelegenheit, um dankbar, froh und glücklich zu sein. Jeder Mensch sollte der Schöpfung Universalbewusstsein sowohl dafür seine Ehrwürdigkeit erweisen, dass er im Leben steht und sein Schicksal aus eigener Kraft bestimmen kann, als auch dafür, dass er sich allzeit sein eigenes gutes Befinden mittels der Kraft des Bewusstseins und der daraus entspringenden Gedanken und Gefühle erschaffen kann.

Achim Wolf; www.freunderderwahrheit.de

Wahre Liebe und falsche Liebe

Die wahre und effektive Liebe macht nicht blind.

Sie entsteht in einem Menschen, der um die Existenz der Schöpfung wissend und weise ist.

Blind für die Wahrheit und unkontrolliert macht den Menschen die affektive Schein-Liebe, in deren Fängen er nur von Hoffnungen, Sehnsüchten, Begierden und falschen Vorstellungen gesteuert ist.

Achim Wolf; www.freunderderwahrheit.de

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.

1.3.2025



Trump reagiert auf die Forderungen Selenskys. © White House/Forbes

Der historische, undiplomatische Streit ist hier dokumentiert

«Für das amerikanische Volk ist es gut zu wissen, was hier vor sich geht», meinte Präsident Trump am Schluss der 50 Minuten.

upg.

Ukraines Präsident Wolodymyr Selensky nutzte den langen öffentlichen Auftritt, um den USA seine Meinung zu sagen – bis Donald Trump ihn darauf aufmerksam machte, dass er den Krieg ohne US-Hilfe schon längst verloren hätte.

Diese öffentliche Auseinandersetzung vor den internationalen Medien wird in die Geschichte eingehen. Deshalb stellen wir hier den ungekürzten Medienauftritt online:

Die Übersetzung der letzten erhitzten Passagen auf Deutsch (Quelle RND)

Vance: «Ich spreche über die Art von Diplomatie, die der Zerstörung Ihres Landes ein Ende bereiten kann. Herr Präsident (Selensky), Herr Präsident, respektvoll. Ich denke, es ist respektlos, dass sie ins (US-Präsidentenbüro) Oval Office kommen, um zu versuchen, diesen Streit vor den amerikanischen Medien auszutragen. Aktuell geht Ihr umher und zwingt Wehrpflichtige an die Front, weil Euch der Nachschub ausgeht. Sie sollten dem Präsidenten (Trump) dafür danken, dass er versucht, diesen Konflikt zu beenden.»

Selensky: «Waren Sie (Vance) jemals in der Ukraine, um zu sagen, was wir für Probleme haben?»

Vance: «Ich war in»

Selensky: «Dann kommen Sie einmal.»

Vance: «Ich habe die Geschichten beobachtet und gesehen – ich weiss, was da passiert. Sie bringen Leute auf eine Propagandatour, Herr Präsident. Sind Sie nicht auch der Meinung, dass sie Probleme hatten, Leute für Ihr Militär zu gewinnen?»

Selensky: «Wir haben Probleme, ich werde antworten, ich werde antworten.»

Vance: «Und finden Sie es respektvoll, ins Oval Office der Vereinigten Staaten von Amerika zu kommen und die Regierung anzugreifen, die versucht, die Zerstörung Ihres Landes zu verhindern?»

Selensky: «Viele Fragen, aber lassen Sie am Anfang starten.»

Vance: «Klar.»

Selensky: «Zuallererst: Während eines Kriegs haben alle Probleme, sogar Sie. Aber Sie haben einen schönen Ozean und merken es jetzt nicht, aber sie werden es in der Zukunft spüren. Möge Gott, möge Gott...»

Trump: «Das wissen Sie nicht ... Sagen Sie uns nicht, was wir spüren werden. Wir versuchen, ein Problem zu lösen. Sagen Sie uns nicht, was wir spüren werden ...»

Selensky: «Das sage ich Ihnen nicht, ich beantworte eine Frage.»

Trump: «Weil Sie in keiner Position sind, das zu bestimmen, merken Sie sich das. Sie sind in keiner Position zu bestimmen, was wir zu spüren bekommen werden. Wir werden uns sehr gut fühlen.»

Selensky: «Sie werden den Einfluss spüren.»

Trump: «Wir werden uns sehr gut und stark fühlen. Sie sind aktuell nicht in einer guten Lage. Sie haben es zugelassen, in einer schlechten Lage zu sein. Und er (Vance) hat dabei recht.»

Selensky: «Ganz von Anfang des Kriegs an.»

Trump: «Sie sind nicht in einer guten Position. Sie haben die Karten nicht in der Hand. Mit uns fangen Sie jetzt an, Karten zu haben. Sie spielen aktuell Karten.»

Selensky: «Ich spiele nicht mit Karten. Ich bin sehr ernsthaft, Herr Präsident. Ich bin sehr ernsthaft, ich bin der Präsident während eines Kriegs.»

Trump: «Sie spielen Karten. Sie setzen das Leben von Millionen Menschen aufs Spiel. Sie riskieren einen Dritten Weltkrieg.»

Selensky: (Akustisch nicht zu verstehen.)

Trump: «Sie riskieren einen Dritten Weltkrieg. Und was Sie machen, ist sehr respektlos gegenüber dem Land.»

Selensky: «Ich spreche mit allem Respekt ...»

Trump: «Respektlos gegenüber diesem Land, das Sie weit mehr unterstützt hat, als viele Leute sagten, dass man Sie hätte unterstützen sollen.»

Vance: «Haben Sie einmal Danke gesagt?»

Selensky: «Viele Male.»

Vance: «Während dieses Treffens? Während dieses ganzen Treffens, haben Sie Danke gesagt?»

Selensky: «Sogar heute, sogar heute.»

Vance: «Sie sind nach Pennsylvania gefahren und haben im Oktober für die Opposition Wahlkampf gemacht. Zeigen Sie sich dankbar gegenüber den Vereinigten Staaten und gegenüber dem Präsidenten, der versucht, Ihr Land zu retten.»

Selensky: «Bitte, denken Sie, dass, wenn Sie sehr laut über den Krieg sprechen werden, dann können Sie...»

Trump: «Er spricht nicht laut. Er spricht nicht laut. Ihr Land steckt in grossen Schwierigkeiten.»

Selensky: «Kann ich antworten, kann ich antworten?»

Trump: «Nein, nein, Sie haben schon viel gesprochen. Ihr Land steckt in grossen Schwierigkeiten.»

Selensky: «Ich weiss, ich weiss.»

Trump: «Sie siegen nicht, sie gewinnen das nicht. Sie haben eine verdammt gute Chance, danke uns OK rauszukommen.»

Selensky: «Wir bleiben, Herr Präsident, wir bleiben in unserem Land. Wir bleiben stark. Vom Beginn des Krieges an sind wir allein gewesen. Und wir sind dankbar. Ich habe Danke gesagt in diesem Kabinett.»

Trump: «Sie sind nicht allein gewesen. Sie sind nicht allein gewesen. Wir gaben Ihnen, durch diesen blöden Präsidenten (Trumps Vorgänger Joe Biden) 350 Milliarden Dollar.»

Selensky: «Sie haben für Ihren Präsidenten gestimmt... (akustisch schwer zu verstehen).»

Trump: «Wir haben Ihnen Militärausrüstung gegeben. Ihre Männer sind tapfer, aber sie mussten unsere militärische Ausrüstung nutzen.»

Selensky: «Sie haben mich eingeladen, zu sprechen.»

Trump: «Wenn Sie unsere militärische Ausrüstung, wenn Sie unsere militärische Ausrüstung nicht gehabt hätten, dann wäre dieser Krieg in zwei Wochen vorbei gewesen.»

Selensky: «In drei Tagen, ich habe das von (Wladimir) Putin gehört, in drei Tagen. Das ist etwas, was.»

Trump: «Vielleicht weniger.»

Selensky: «Innerhalb von zwei Wochen. Natürlich, ja.»

Trump: „Es wird sehr schwer sein, so Geschäfte zu machen, das sage ich Ihnen.“

Vance: «(akustisch nicht zu verstehen) sagen Sie danke.»

Selensky: «Ich habe oft danke gesagt, zum amerikanischen Volk.»

Vance: «Und akzeptieren Sie, dass es Meinungsverschiedenheiten gibt, und lassen Sie uns diese Meinungsverschiedenheiten austragen, anstatt darüber vor den amerikanischen Medien zu streiten, wenn Sie im Unrecht sind. Wir wissen, dass Sie nicht recht haben.»

Trump: «Ich denke, es ist für die Menschen in Amerika gut, zu sehen, was hier passiert. Ich denke, das ist sehr wichtig, deswegen haben wir das so lange laufen lassen. Sie (Selensky) müssen dankbar sein, sie halten nicht die Karten.»

Selensky: «Ich bin dankbar.»

Trump: «Sie sind da Land unter. Ihre Leute sterben. Sie haben nicht genug Soldaten.»

Selensky: «Ich kann Ihnen nochmal sagen. Bitte, nicht, Herr Präsident.»

Trump: «Hören Sie, Sie haben nicht genügend Soldaten. Das wäre eine verdammt gute Sache. Und dann sagen Sie uns (Ich will keine Waffenruhe, ich will keine Waffenruhe.) (...) Hören Sie, Sie könnten jetzt eine Waffenruhe bekommen. Und ich sage Ihnen: Machen Sie es, damit die Kugeln nicht mehr fliegen und ihre Männer nicht mehr getötet werden.»

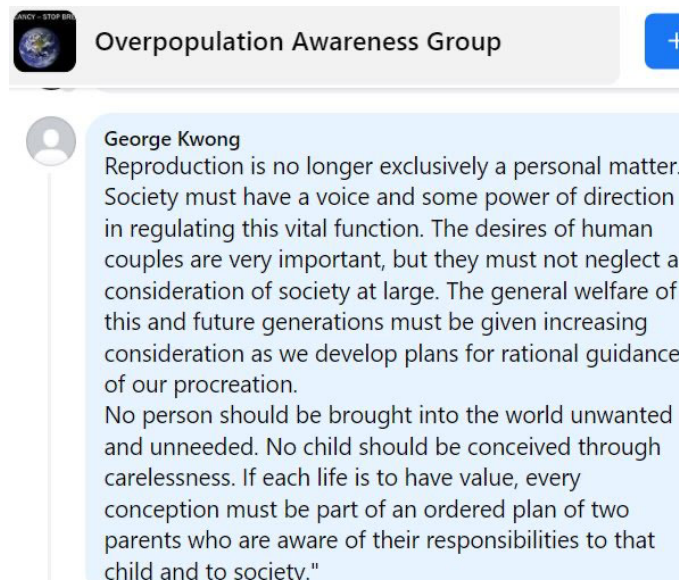
Selensky: «Natürlich wollen wir den Krieg beenden.»

Trump: «Aber Sie sagen, Sie wollen keine Waffenruhe. Ich will eine Waffenruhe.»

Selensky: «Ich habe Ihnen gesagt, mit (Sicherheits-) Garantien. Fragen Sie unsere Menschen, was sie von einer Waffenruhe halten. Das ist für Sie egal (..)?»

(...)

Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter – Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit!



Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarft auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines ge-

ordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

George Kwong

Quelle: https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562¬if_id=1710329001813654¬if_t=group_comment



Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Linienstärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symbolen, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der «eigenen» Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die «Botschaften» der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsartig zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach aussen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.



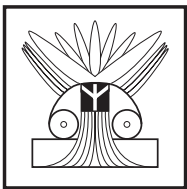
Das existierende und weltweit kursierende falsche «Friedenssymbol» mit der Todesrunen, das wahrheitlich einem «Todessymbol» und «Hasssymbol» entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorauskenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche «Friedenssymbol» – das keltische «Todesrunensymbol» – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod

verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.

Das Symbol ‹Tod, Todesexistenz›, auf dem die Todesrunen fusst – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als ‹Friedenssymbol› interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen ‹Todessymbols› mit der Todesrunen an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besatzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich ‹umschreibt›, weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symbolen umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol ‹spricht› auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen bestimmten Zustand oder Umstand ‹beschreibt›, den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol ‹Tod, Todesexistenz› beinhaltet das Symbol ‹Frieden› eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

Die Betrachtung des Symbolen weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbolen bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symbolen aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

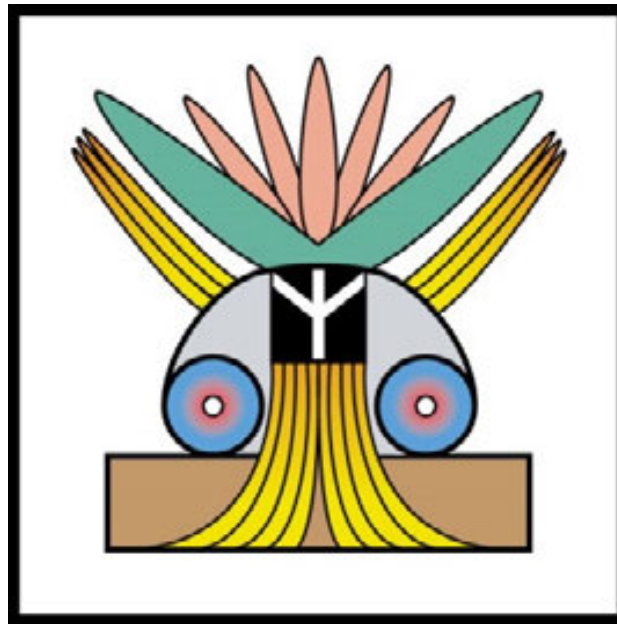
Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.



Das falsche Symbol, die Todesrunen, schaffte Unfrieden, Hass und Unheil

Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol darauf und verbreitet es!

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.



Schöpfungsenergielehre-Symbol «Frieden»

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols

Es soll FRIEDEN sein auf Erden
And there shall be PEACE on Earth

AMANI
BARIŞ
PAQE
PACE
MMP
PAIX
PAZ

EIPHNH
VREDE
平和
שָׁלוֹם
शांति
سلام

FIGU.ORG
FIGU, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti
Schweiz/Switzerland Tel. +41 (0)52 385 13 10

Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effectiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber
Größen der Kleber:
120x120 mm = CHF 3.–
250x250 mm = CHF 6.–
300X300 mm = CHF 12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:
FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:
info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3
E-Brief: info@figu.org
Internetz: www.figu.org
FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2025

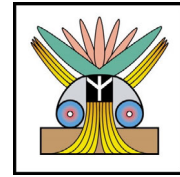
Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders
angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



**Für CHF/EURO 10.- in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden,
wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten
Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt
bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center,
Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz